

ROLF LÖCHELT

BEETHOVENS NEUNTE
ODER
UNSERE VERFASSUNG
ZUM LEBEN ERWECKEN



BEETHOVENS NEUNTE
ODER
UNSERE VERFASSUNG
ZUM LEBEN ERWECKEN



The background of the cover features a light gray, semi-transparent musical score. The notation includes various notes, rests, and dynamic markings such as *sf*, *fp*, and *ff*. The score is overlaid with several large, wavy, white lines that create a sense of movement and depth. The overall aesthetic is clean and artistic, reflecting the musical theme of the book.

ROLF LÖCHELT

BEETHOVENS NEUNTE
ODER
UNSERE VERFASSUNG
ZUM LEBEN ERWECKEN

1. Auflage August 2020

© 2020 Rolf Löchel
Alle Rechte vorbehalten

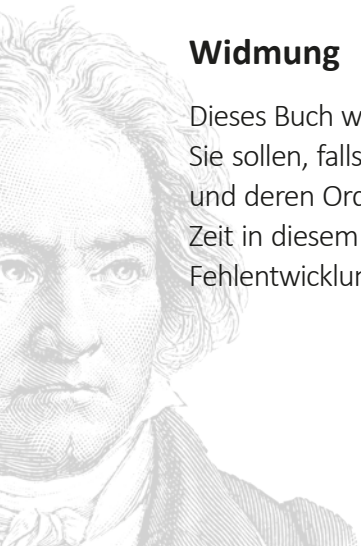
Autor und Herausgeber: Rolf Löchel
Webseite: beethoven-loechelt.de
E-Mail: beethoven@loechelt.de

Umschlagentwurf, Redaktion: Brigitte Löchel
Layout: Anke Werner, Hamburg
Korrektorat: ad litteras, Berlin
Bildnachweis: istockphoto/butenkow (Flagge), nivoolay (Beethoven),
Lisa Valder (Noten)
Druck: Eggers Druckerei & Verlag GmbH, Heiligenhafen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Rechtlicher Hinweis:
Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung ist ohne Zustimmung des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere
für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung
und öffentliche Zugänglichmachung.

ISBN 978-3-9822336-1-1 (Paperback)
ISBN 978-3-9822336-2-8 (PDF)



Widmung

Dieses Buch widme ich meinen beiden siebenjährigen Enkelinnen. Sie sollen, falls sie sich irgendwann einmal für unsere Gesellschaft und deren Ordnung interessieren, erfahren, was ihr Opa zu seiner Zeit in diesem Land wahrgenommen und wie er sich bemüht hat, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Vorwort und Dank

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

meine Ohnmacht, mich als Bürger an der Weiterentwicklung unseres Landes nicht wirkungsvoll beteiligen zu können, hat mich veranlasst, dieses Buch zu schreiben. Ich möchte Sie mitnehmen und eine Diskussion über unser Land anstoßen, darüber, ob bei uns alles „Friede, Freude, Eierkuchen“ ist und sich so weiterentwickeln kann oder ob wir uns aufmachen müssen, um eine Demokratie zu werden.

Ich glaube, ohne etwas eigenes Engagement für unser Zusammenleben fahren die jetzigen Akteure unser Land an die Wand.

Ich danke allen, die mir geholfen haben, dass das Buch so geworden ist, wie es jetzt ist. Zuerst danke ich meiner Frau, die meine Gedanken aushalten musste und die sich über Wochen detailliert mit mir gerieben und mir geholfen hat, den Inhalt des Buches so zu formulieren, wie er jetzt ist.

Ich danke Simone, Ute, Edgar, Olaf und Peter für den freundschaftlichen und ehrlichen Umgang mit mir beim kritischen Probelesen des Buches. Mein Dank gilt auch Anke für ihr Engagement und Werner für seine uneigennützig Unterstützung.



Heute ist es mir peinlich.

Im Alter von 19 Jahren (1964) hatte ich „Mein Kampf“ gelesen und wollte von meinem im Lebensalter weit fortgeschrittenen Arbeitskollegen wissen, warum die Menschen nichts gegen Adolf Hitler unternommen hätten. Jeder, der „Mein Kampf“ gelesen habe, hätte doch ahnen können, was dann geschehen ist.

Mein Kollege hat ziemlich unfreundlich reagiert und mich heftig zurechtgewiesen: Ich sei erst nach dem Ende des „Dritten Reiches“ geboren worden und nicht dabei gewesen. Die Menschen hätten Angst gehabt, etwas gegen das Regime zu unternehmen, Angst um ihr eigenes Leben und das Leben ihrer Familie.

Damals nicht, aber heute ist es mir peinlich, so gefragt zu haben, ohne eigene Erfahrung mit der Situation in der Hitler-Diktatur. Heute würde ich mich besser informieren, bevor ich eine solche Frage stellen würde, und bin vorsichtiger dabei geworden, andere Menschen, deren geschichtlicher Hintergrund mir unbekannt ist, anzuklagen.

Sollten mich irgendwann einmal meine Enkelinnen fragen: „Opa, was hast du unternommen, damit in Deutschland eine Demokratie entsteht, die den Namen verdient, und Verstöße gegen die Verfassung bzw. das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beendet werden? Was hast du getan, damit Deutschland wirtschaftlich unabhängig bleibt von Ländern mit einem anderen politischen System, damit wir unsere persönliche Freiheit behalten? Du hast doch gesehen, dass unsere Verfassung nicht eingehalten wurde und Deutschland in wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Diktatur geriet! Warum habt du und deine Generation nichts für die Umsetzung unserer Verfassung und den Erhalt der Freiheit getan?“

Diese Fragen wären mir sehr unangenehm!

Sie, sehr geehrte Leserin, und Sie, sehr geehrter Leser, und ich, wir haben keinen Grund, um unser Leben zu fürchten, wenn wir uns nachhaltig zu Wort melden und Fehlentwicklungen anprangern.

Vielen von uns sind die Regeln für unser Zusammenleben in unserer Gesellschaft, die in unserer Verfassung stehen, unbekannt. Warum kümmern wir uns so wenig um die Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung?

Gern möchte ich mit Ihnen einen Dialog über unser Land und unsere Verfassung führen und klären, wie wir uns wirkungsvoller für die Einhaltung unserer Ordnung einsetzen können.

Gemäß Artikel 2 der Verfassung, über die unser Volk nicht abgestimmt hat, wollen wir Freiheit für den Einzelnen und Selbstverantwortung für unser Handeln und Unterlassen gleichberechtigt mit sozialer Verantwortung für unsere Mitmenschen in den Mittelpunkt aller politischer Überlegungen stellen.

Was heißt das?

Unsere Gesellschaft will, dass jeder Mensch seines eigenen Glückes Schmied ist. Wie er es anstellt, seine Ziele zu erreichen, ist seine eigene Sache. Wenn er die richtigen Entscheidungen in seinem Leben trifft, erreicht er seine Ziele, wenn er sich falsch entscheidet, erreicht er sein Glück nicht. Diese persönliche Freiheit wird begrenzt durch die Rücksicht auf die Freiheit unserer Mitmenschen. Das heißt, wir sind immer gefordert, zu überlegen, ob unser Handeln oder Unterlassen unsere Mitmenschen in ihrer Freiheit einschränkt. Rücksichtnahme ist also immer gefordert. Die Abwägung, wo Grenzen zu ziehen sind und die eigene Freiheit aufhört, hat die staatliche Führung vorzunehmen. Darüber hinaus hat der Parlamentarische Rat entschieden, dass wir in unserer Gesellschaft sozial sein wollen. Sozial zu denen, die aus geistigen oder körperlichen Gründen ihren Weg zu ihrem persönlichen Glück nicht allein schaffen können.

Zur individuellen Freiheit gehören, nach meiner Überzeugung, Gesundheit und so viel Einkommen, dass die eigenen Grundbe-

dürfnisse erfüllt werden können. Dafür hat die politische Führung die Rahmenbedingungen zu setzen. Wer die Führung innehaben soll, ist in unserer Gesellschaftsform, der Demokratie, klar geregelt. Wir wollen, dass alle Macht vom Volk ausgeht, so sagt es unsere Verfassung. Da nicht 80 Millionen Menschen die Macht direkt ausüben können, hat der Parlamentarische Rat die repräsentative parlamentarische Demokratie in der Verfassung festgeschrieben.

Wir wollen, so steht es in der Verfassung, **unmittelbar**, das heißt nicht durch andere Menschen, unsere Repräsentanten/Repräsentantinnen (Volksvertreter/Volksvertreterinnen) für das Parlament bestimmen.

Wenn die Macht nicht direkt vom Volk ausgeübt wird, sondern nur **mittelbar** über politische Netzwerke von Delegierten, haben wir keine Demokratie (Volksherrschaft) im Wortsinn, sondern eine Diktatur von verfassungswidrig im Parlament sitzenden Politikern und Politikerinnen.

In unserem Land herrschen zweifelhafte politische Netzwerke und nicht das Volk. Mein Anliegen ist es, meine Vertreter für die Parlamente **unmittelbar** zu wählen, damit ich weiß, ob mein Repräsentant oder meine Repräsentantin ein ehrenwerter Mensch ist und ob der bisherige Lebenswandel eine Entsendung ins Parlament rechtfertigt.

Ich will über die Ordnung (die Verfassung) artikelweise abstimmen. Ich akzeptiere nicht, dass die Präambel der Verfassung in Guts-herrenart geändert wurde.

Wenn wir uns einig werden, dass durch das Vorgehen der Politiker unsere individuelle Freiheit und die unserer nachfolgenden Generationen bedroht sind, sollten wir unsere Trägheit überwinden und für Änderung sorgen.

Wir begnügen uns mit „Brot und Spielen“ und überlassen politischen Netzwerken und undemokratischen Vorgehensweisen unsere Zukunft, anstatt immer mal wieder den Erfolg unseres Systems zu kontrollieren. Wir sollten prüfen, ob die, von denen uns vorgegaukelt wird, wir hätten sie ausgewählt zu führen, dies auch im Sinne unserer Verfassung erledigen. Es sollte uns auffallen, dass uns, dem Souverän, die Führung unseres Landes aus den Händen genommen wurde. Einige Netzwerke politischer Parteien, die diesen Staat seit 1949 überwiegend führten, haben sich unser Land zur Beute gemacht. Diese Clique bedient sich unkontrolliert und ohne jede Hemmung am Volk und kein Kontrollorgan gebietet wirkungsvoll Einhalt.

Und wir, das Volk, der Souverän: Am liebsten wollen wir in Ruhe gelassen werden und möglichst ungestört das machen, was wir wollen und wozu wir Lust haben. Dabei ist es doch bei einigem Nachdenken einleuchtend, dass eben nicht jeder machen kann, was er will, sondern jede Gemeinschaft ihr Zusammenleben organisieren und regeln muss.

Damit bei uns kein Faustrecht – das Recht des Stärkeren – herrscht und auch die im Zusammenleben zu ihrem Recht kommen, die nicht so laut schreien, hat der Parlamentarische Rat nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unsere Verfassung erarbeitet. Die Fehlent-

wicklung nach dem Ersten Weltkrieg, das Versagen der Parteien in der Weimarer Republik und die Geschehnisse von 1933 bis 1945 sollten sich durch die Einhaltung unserer Verfassung nicht wiederholen.

Bis heute hat das Volk in seiner Gesamtheit nicht über die Regeln unseres Zusammenlebens abgestimmt. Weder Sie noch ich haben jemals in einem organisierten Prozess die einzelnen Verfassungsartikel diskutiert noch darüber abgestimmt. Bisher ist die Verfassung meines Erachtens nicht der beschlossene Wille unseres Volkes. Eine so grundlegende Angelegenheit, wie die Regeln des Zusammenlebens, kann nicht von Mandatsträgern entschieden werden, schon gar nicht von mittelbar gewählten Abgeordneten.

Es ist Ihre und meine Aufgabe, darauf zu achten, dass der oberste Verfassungsschützer, unser jeweiliger Bundespräsident, die Einhaltung der Verfassung kontrolliert und die Verfassung selbst einhält.

Alle vier Jahre setzen wir ein Kreuz beim „kleinsten Übel“ auf dem Wahlzettel oder üben Stimmenthaltung aus und glauben als Bürgerin oder Bürger, damit alles für unsere Demokratie und den Erhalt unserer individuellen Freiheit getan zu haben. In aller Regel wissen wir nichts über die Kandidierenden, deren Namen auf dem Wahlzettel stehen und die wir ins Parlament entsenden. Nicht wir haben entschieden, dass sie als Kandidat oder Kandidatin auf dem Wahlzettel stehen, dafür haben politische Netzwerke gesorgt. Wir geben ihnen durch unsere Wahl eine Legitimation, für uns zu handeln, obwohl wir ihre Qualifikation nicht kennen, nichts über die persönlichen Motive und nichts über die menschlichen Qualitäten wissen.

In anderen politischen Systemen werden Kandidaten für politische Ämter ausführlich befragt und öffentlich durchleuchtet. Jeder Bürger und jede Bürgerin kann dort im Fernsehen die Befragung der Kandidaten und Kandidatinnen verfolgen und weiß dann in groben Zügen, mit wem er es als Wähler nach der Wahl zu tun hat. Wir überlassen die Auswahl der Kandidaten für unsere Parlamente einer kleinen Gruppe von Delegierten der politischen Parteien. Wir Bürgerinnen und Bürger haben keinerlei Einfluss auf die Auswahl. Die Eignungsprüfung der Kandidaten und Kandidatinnen durch die Delegierten ist weit entfernt von dem, was wünschenswert wäre. Es wird nicht einmal abgefragt, ob die Kandidaten die Verfassung kennen und beachten wollen. Nach meinem Verständnis wollte der Parlamentarische Rat die absolute Macht der Parteien ausdrücklich verhindern.

Sicher ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass wir überwiegend zu einer Spaßgesellschaft geworden sind. Was gesellschaftliches Zusammenleben in einer arbeitsteiligen Welt bedeutet, lernen nur wenige im Elternhaus. Und was wird darüber in der Schule gelehrt?

In unserem Land herrschen bei vielen Menschen quer durch die Gesellschaft statt Gemeinsinn Egoismus und Gier. „Kohle“ und „Spaß“, und davon möglichst viel, sind oft das Wichtigste im Leben. „Ich habe ein Haus, ich stelle etwas dar.“ Mein Auto, mein Bankkonto, mein Haus, mein Schiff, vielleicht auch noch mein Flugzeug: hoffentlich alles schöner und größer als das meines weniger erfolgreichen Nachbarn. Wie unser Zusammenleben erfolgreich und einigermaßen gerecht gestaltet wird, interessiert nur wenige, Hauptsache, mir selbst geht es gut, ich kann machen, was mir in

den Sinn kommt, und ich habe meine persönliche Freiheit. Viele interessiert nur, was ihnen selbst gehört. Zu „Mein und Dein“ ist oft ein gestörtes Verhältnis zu beobachten. Unser Gesellschaftssystem will aber, dass **jeder Mensch** individuelle Freiheit hat (Artikel 2 der Verfassung). Deshalb ist es erforderlich, darüber nachzudenken, was das eigene Handeln und Unterlassen für unsere Mitmenschen bedeuten.

Ganz vorn bei der Erzielung von Eigennutz stehen unsere Politikerinnen und Politiker. Bundestagsabgeordnete billigen sich nach nur vier Jahren Tätigkeit im Bundestag auf Kosten der Steuerzahler eine Altersversorgung zu, die für Arbeitnehmende nach 45 Jahren Arbeit nicht erreichbar ist. Die Politiker haben auch keinerlei Skrupel, die Anzahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag aufzublähen. 111 Abgeordnete mehr als 598, die sich über das Zweitstimmenergebnis ergeben, bedeuten inklusive der Folgekosten, wie Altersversorgungsansprüche, in nur einer Legislaturperiode von vier Jahren rund 200 Millionen Euro Mehrbelastung für uns Bürger.

Unsere Bundespräsidenten rechtfertigen, entsprechend der gesetzlichen Regelung, **nach dem Ende ihrer Tätigkeit** den Anspruch auf rund 17.000 Euro monatliche Bezüge, zusätzlich ein Büro mit Personal und einen Fuhrpark. Im Normalfall tritt dies nach fünf Jahren, im Einzelfall auch schon nach etwas über einem Jahr Amtszeit ein. Steuerzahler, wie Handwerker, kaufmännische Angestellte, Pflegepersonal, haben die regelmäßigen Bezüge dieser Politiker nach dem Ende von deren Tätigkeit durch Steuerzahlungen zu erwirtschaften. Die Steuerabgaben schränken die individuelle Freiheit von uns Bürgern ein und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der

deutschen Wirtschaft, weil Steuern Bestandteil der Preiskalkulation sind.

Anständig und sinnvoll wäre es doch, während der Amtszeit Beiträge an die Deutsche Rentenversicherung abzuführen, wie andere Arbeitnehmende auch, um dann mit Erreichen des Renteneintrittsalters eine Altersversorgung entsprechend den eingezahlten Beiträgen zu erhalten. Was haben diese Personen für ein Selbstverständnis? Selbstbedienung geht so lange gut, bis jemand dagegen aufbegehrt und Widerstand leistet. Selbst gemachte gesetzliche Regelungen sind noch lange keine moralische Rechtfertigung für die Selbstbedienung durch politisch Tätige. Wenn Sie und ich nicht vom Sofa aufstehen und diese Selbstbedienung beenden, haben wir es so verdient, wie es jetzt ist.

Aber nicht nur Politiker und Politikerinnen handeln egoistisch und unmoralisch. Wer es kann, bedient sich in unserem Land: zum Beispiel bei Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie Berufsgenossenschaften, Handels- und Handwerkskammern und gesetzlichen Krankenkassen. Werden zusätzliche Einnahmen gebraucht, um den Bedarf der Handelnden zu erfüllen, werden Zwangsbeiträge/-abgaben einfach erhöht, die Zwangsmitglieder haben keine Chance, sich zu wehren. Zum Beispiel genehmigen und finanzieren sich Vorstände von Handelskammern mit den Zwangsbeiträgen ihrer Mitglieder Betriebsrenten, von denen die Zwangsmitglieder selbst nur träumen können. Und einige Manager von Dax-Unternehmen lügen und betrügen und lassen sich auch noch bei Erfolglosigkeit hoch bezahlen.

Kritik wird ausgesessen oder man lässt sich gut abfinden und in den Ruhestand versetzen. Häufig lassen sich Politikerinnen und Politiker nach dem Ende ihres Mandats in top bezahlte Positionen bei Staatsunternehmen oder in Lobbybetriebe heben. Die Liste der Namen ist lang.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, sinnvoll wäre, hin und wieder innezuhalten und zu kontrollieren, ob das, was wir selbst oder unsere Gesellschaft insgesamt macht, noch in Ordnung und weiterhin erfolversprechend für alle ist.

Erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer kontrollieren turnusmäßig die Arbeitsweise ihres Unternehmens. Sie wollen wissen, ob ihr Unternehmen zukunftsfähig ist. Sie prüfen, ob die Leistungen Ihrer Firma auch weiterhin gebraucht werden. Sie prüfen, was die Konkurrenz macht, und vergleichen sich mit anderen. Wer als Unternehmer den wirtschaftlichen Erfolg seiner Firma nicht überprüft, verschwindet über kurz oder lang vom Markt.

Sollten wir nicht auch immer mal wieder die Einhaltung unserer Regeln des Zusammenlebens überprüfen oder wollen wir, dass unser freiheitliches Gesellschaftssystem verschwindet?

Ich denke, es ist höchste Zeit, sich zu besinnen! Nicht erst die Corona-Viren offenbaren es: Wir sind in Teilen der Bevölkerung ein unsolidarischer und oft unkultivierter Haufen. Das gilt nach meiner Beobachtung für wirtschaftlich Unabhängige ebenso wie für Menschen, die um ihre Existenz kämpfen müssen, oder auch die, die von der Allgemeinheit alimentiert werden und keine Gegenleistung

erbringen wollen. Dieses gilt für sehr gut, gut und schlecht ausgebildete Menschen.

Wie niveaulos müssen wir Menschen eigentlich sein, wenn uns die Kanzlerin sagen muss, dass zur Hygiene sorgfältiges Händewaschen gehört, dass wir uns nicht anhusten und Rücksicht auf andere Menschen nehmen sollen?

In den 1960er-Jahren hingen in den Hamburger Straßenbahnen Schilder mit der Aufschrift: „Beim Niesen, Husten, Spucken bediene man sich des Taschentuches.“ Das Thema ist nach 60 Jahren immer noch sehr aktuell. Was sind wir in Teilen der Bevölkerung für ein unkultiviertes Volk?

Rücksicht gemäß Artikel 2 der Verfassung fängt im Kleinen an. Wenn ich von anderen etwas erwarte, muss ich selbst etwas zum Gelingen des Ganzen beitragen.

Sie fühlen sich persönlich nicht angesprochen? Sind Sie schon mal, wenn sie ein Mann sind, auf ein öffentliches Männerklo gegangen? Sie lachen? Ich finde es widerlich, im Urin stehen zu müssen, weil diverse Männer auf den Fußboden urinieren. Und wenn Sie mehr müssen, ist es oft erforderlich, mehrere Kabinen zu prüfen, bis Sie ein einigermaßen sauberes WC finden. Ist das kultiviert? Was geht in den Köpfen von Männern vor, die Klos nicht einwandfrei verlassen? Wem muten sie zu, ihre Exkremete zu entfernen?

Die meisten wollen ein sauberes Klo benutzen, aber das Klo so sauber zu verlassen, wie sie es selbst erwarten oder vorgefunden

haben, scheint vielen fremd zu sein. Und dann – das kennen alle Männer: erst das gute Stück anfassen, den möglichst letzten Tropfen abschütteln und ohne Händewaschen die Türklinke anfassen und das Klo verlassen. Was bedeutet diese Gedankenlosigkeit? Möchten Sie die Ausscheidungen anderer Menschen anfassen? Ich will nicht durch Fäkalien anderer belästigt werden. Durch dieses Männerverhalten fühle ich mich in meiner Freiheit eingeschränkt. Artikel 2, Rücksicht ist gefragt.

Frauenklos sollen nach Hörensagen auch nicht viel sauberer sein.

Oder Raucher – das haben Sie auch schon tausendmal gesehen: Im vor Ihnen fahrenden Auto wird die Scheibe auf der Fahrerseite heruntergelassen und eine brennende Kippe fliegt aus dem Fenster, egal, ob die Kippe das nachfolgende Auto trifft oder gleich in der Umwelt landet. Wie primitiv sind wir eigentlich? Wer soll die Kippe aufheben und entsorgen? Milliarden von Kippen bedecken unsere Welt, vielen Raucherinnen und Rauchern ist das offenbar völlig egal.

Ungeheuerliches habe ich in Hamburg erlebt. Die Ampel wurde rot, zwei Wagen vor mir öffneten sich die Fahrertür einer großen Limousine und der Fahrer kippte den Inhalt seines Aschenbechers auf die Straße. Ich bin aus dem Auto gesprungen, habe eine Handvoll Kippen gegriffen, die Fahrertür der Limousine geöffnet und mit dem Kommentar „Sie haben etwas verloren“ die Kippen in den Fond des Wagens geworfen. Als das passierte, war ich noch jung und ziemlich emotional. Es wurde grün und daher gab es keine Zeit für Diskussionen ... Eine Frage nach dem Denkvermögen des Fahrers wäre

sicher noch angebracht gewesen. Wir wollen eine intakte Umwelt und nicht auf einer Müllhalde leben.

Oder kennen Sie das? Sie wohnen auf dem Land und freuen sich über die Natur und die Ruhe. Ein Biker freut sich über die Leistungsstärke seines „Mopeds“ und gibt am Ortsausgangsschild ordentlich Stoff. Jeder im Umkreis mehrerer Kilometer kann hören, wie er seine Mitbürger und Mitbürgerinnen an seiner persönlichen Freude, Lärm zu machen und ordentlich zu beschleunigen, teilhaben lässt. Ist das Verhalten gedankenloser Egoismus oder will er/sie andere mit seinem/ihrem Ego („Ich habe ein tolles Motorrad, hört ihr das?“) beglücken? Lärm ist eine Belästigung und schränkt die Freiheit von Mitbürgern und Mitbürgerinnen unangemessen ein.

Von der Straßenverkehrsordnung, die die Parlamentarier beschlossen haben, will ich gar nicht reden. Manche Zeitgenossen leben ihre eigenen Regeln im Straßenverkehr aus. Überholverbot, Tempolimit, rote Ampeln interessieren sie nicht, diese Regelungen betreffen nur andere. Ist das unsere Kultur und ist das der Respekt vor der Unversehrtheit unserer Mitmenschen? Ich will mich gar nicht ausnehmen; nicht immer bin ich voll bei der Sache, die ich gerade mache, aber wir sollten Regeln, die zu unserem friedlichen Zusammenleben gemacht sind, grundsätzlich einhalten. Die eigene Freiheit in Verantwortung für unsere Mitmenschen, Rücksichtnahme, das ist das Thema, über das es gilt nachzudenken. Den eigenen Egoismus sollte jeder infrage stellen. Wie soll unser Zusammenleben sonst funktionieren?

Oder wie ist das? Sie haben Gartenabfälle oder Müll und sind zu bequem, die dafür vorgesehene Mülldeponie anzufahren und eventuell einige Euros für die Entsorgung auszugeben. Sie schmeißen Ihren Abfall auf das unbebaute Nachbargrundstück oder in den Wald oder hinter die Entsorgungscontainer. Wer soll den Dreck einsammeln und entsorgen? Ist das eine Lösung, wenn die ehrenamtlichen Mitglieder von Bürgervereinen in Aktionen wie „Wir machen unsere Gemeinde schöner“ den Dreck einsammeln? Asozial nenne ich Zeitgenossen, die ihre Abfälle gedankenlos oder vorsätzlich irgendwo, und nicht wie vorgesehen, entsorgen.

Über den Egoismus und die Gier von Erben will ich gar nicht sprechen, mehr als peinlich! Oft ist erst ein Elternteil verstorben und schon streiten sich die Kinder über den Erbanteil, für den nicht sie, sondern die Eltern gearbeitet haben. Erbansprüche sind grundsätzlich gesetzlich geregelt, deshalb scheinen manche zu glauben, ein Anspruch auf einen Erbteil muss mit „Hauen und Stechen“ durchgesetzt werden, egal ob die Familie dadurch auseinanderbricht.

Oder wie finden Sie das? Ein Dax-Manager der Autoindustrie überlegt sich, wie er den gesetzlichen Anforderungen zur Reduzierung von Abgas gerecht werden und trotzdem den Gewinn des Unternehmens steigern kann. Na, Sie wissen schon ... Er lässt die Mitarbeitenden seiner Firma planen, entwickeln und verkaufen, er ist schließlich der Chef. Er täuscht die Käufer vorsätzlich. In der deutschen Rechtsprechung wird die Handlungsweise mit dem Begriff „Betrug“ beschrieben. Der Manager versucht den Betrug auszusitzen und als die Betrügereien auch in Deutschland nicht mehr wegzureden sind und der Verkehrsminister (CSU) ihn nicht mehr schützen kann,

macht er seinen Platz frei, nimmt, ohne den geringsten Skrupel, noch eine dicke Abfindung mit und verschwindet ins Ausland. Und der politische Aufsichtsrat (SPD), was macht der aus seiner Aufsichtspflicht? Sollte ein „einfacher“ Mitarbeiter gegen die Interessen „seines“ Unternehmens verstoßen, muss er mit fristloser Kündigung, ohne Abfindung, und vermutlich noch mit einem gerichtlichen Verfahren rechnen. Ist das gerecht im Sinne unserer Verfassung?

Wie Verbraucher immer schamloser von Unternehmen ausgenommen, also betrogen werden, könnte ein Buch füllen, vom Klopapier über Elektrogeräte bis zu Nahrungsmitteln und dem medizinischen Bereich, alles dabei.

Wer ehrlich ist und moralisch handelt, muss sich in diesem Staat wie ein Idiot vorkommen. Er muss sich durch die Freiheit, die sich andere herausnehmen, in seiner eigenen Freiheit einschränken lassen.

Friedliches und respektvolles Zusammenleben ist ein kostbares Gut, jeder sollte seinen Beitrag leisten.

Folgende Äußerung von Albert Einstein mindert meine Hoffnung, die Menschen könnten sich positiv entwickeln: „Zwei Dinge sind **unendlich**, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“

Wir sollten die Dummheit reduzieren und bei uns selbst anfangen und mit dem Geplapper aufhören. Dabei habe ich im Kopf: „Wenn

du geschwiegen hättest, wärest du Philosoph geblieben“, lateinisch: „Si tacuisses, philosophus mansisses“ (Boethius).

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, auf dem Sofa, bei der Arbeit, im Verein oder in der Kneipe meckern bewirkt gar nichts. Den Frust hören nur Ihr Partner oder Ihre Partnerin, Ihre Freunde, Kolleginnen und Kollegen und Sonstige, die in diesem Land nichts zu sagen haben und nicht wirklich etwas am Zustand unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie ändern können.

Wir leben, und das müssen wir auch, in einer arbeitsteiligen Welt. Niemand kann alles. Wenn wir viele verschiedene Güter und Dienstleistungen haben wollen, müssen wir auf das Wissen und die Fähigkeiten unserer Mitmenschen zurückgreifen. Jeder kann ein wenig von dem, was gekonnt werden kann. Wenn Sie an die Aussagen von Sokrates und/oder Cicero denken: „Ich weiß, dass ich nicht(s) weiß“, oder an die Bibliothek der Universität Oxford, dann wird Ihnen deutlich, dass wir aufeinander angewiesen sind und Egoismus uns selbst schadet.

In der Bibliothek der Universität Oxford stehen etwa 160 Kilometer wissenschaftliche Bücher, das entspricht der Entfernung von Hamburg bis hinter Hannover, Buch an Buch. Bücher über Naturwissenschaften, Medizin, Astronomie, Philosophie, Geisteswissenschaften, Rechtswissenschaften etc.

Wie viel können Sie davon in Ihrem gesamten Leben lesen und verstehen? Wer wissenschaftliche Bücher gelesen hat, weiß, was ich meine: Mehr als eine begrenzte Zahl an Seiten, vielleicht 20 Seiten

am Tag, lesen und auch verstehen ist eine Herausforderung. Ein Buch von Pinel über Biopsychologie zum Beispiel hat etwas mehr als 600 Seiten und ist knapp 3,5 Zentimeter dick. Wenn Sie jeden Tag lesen und lernen, schaffen Sie ein Buch im Monat, das heißt zwölf Bücher im Jahr. Hätten Sie im Alter von 15 Jahren mit dem Lesen wissenschaftlicher Bücher begonnen, hätten Sie im Jahr rund 40 Zentimeter wissenschaftliche Bücher gelesen. Im Alter von 95 Jahren, das die meisten von uns statistisch betrachtet nicht erleben, hätten Sie 32 Meter von den 160 Kilometern gelesen, das sind 0,02 Prozent der Bücher der Universität Oxford. Am Lebensende betrüge Ihr Wissen dann 0,02 Prozent von dem, was man allein dank der Bibliothek der Universität Oxford wissen könnte, in jüngeren Jahren entsprechend weniger.

In den 160 Kilometern sind keine Reiseberichte, Romane und Krimis enthalten. Denken Sie an die Anzahl von Büchern, die jährlich neu erscheinen. Da wir wahrscheinlich alle weniger lesen als jeden Tag 20 Seiten wissenschaftliche Texte, verstehen Sie, was ich meine: Wir sollten anderen mehr zuhören, dann denken und weniger plappern. Das meiste, was wir reden, reden wir ohnehin nur anderen nach. Nur wenig haben wir überprüft oder selbst erfahren.

Wir lassen andere oft nicht ausreden und fallen ihnen ins Wort, dabei könnte unser Gegenüber etwas wissen, was wir nicht wissen. Wir plustern uns auf und halten uns für wichtig, glauben, besser zu sein als unsere Mitmenschen, dabei ist der Unterschied im Wissen zwischen uns Menschen mathematisch betrachtet nur marginal. Es gibt für niemanden einen Grund, die Nase hoch zu tragen. Arroganz ist immer ein Zeichen von Dummheit.

Wir sind darauf angewiesen, uns in eine wie auch immer geartete Gemeinschaft einzufügen. Das heißt, niemand ist allwissend. Achtung und Respekt vor unseren Mitmenschen sollten, zumindest bei der ersten Begegnung, vorhanden sein. Allerdings bin ich auch der Meinung, dass wir den uns entgegengebrachten Respekt durch respektvolles Verhalten unsererseits „verdienen“ müssen.

Wir haben in Deutschland als Gesellschaftsform die repräsentative parlamentarische Demokratie gewählt. Das heißt, wir wollen uns auf Zeit durch eine Vertretung mit einem „Häuptling“ an der Spitze politisch führen lassen und begnügen uns selbst auf Zeit mit der Rolle der „Indianer“.

Jeder, auch die, die irgendeine andere Führungsaufgabe innehaben, hat sich in diese Ordnung einzufügen. Anders geht es auch nicht. Wenn jeder Häuptling sein und selbst entscheiden will, hätten wir 80 Millionen Häuptlinge, toll!

Deshalb ist es so wichtig, dass Sie und ich die Möglichkeit haben, selbst die geeignete Vertretung für uns auszusuchen. Das können nicht Delegierte oder Netzwerke für uns erledigen.

Wir müssen die Möglichkeit haben, zu entscheiden, wer unser freies Leben sichert, und das können wir in unserem derzeitigen System nicht. Die Länderparlamente, der Bundestag und das Europaparlament, deren Abgeordnete wir nicht ausgesucht haben, schränken nahezu jeden Tag zunehmend unsere Freiheit und Selbstverantwortung durch neue Gesetze und Verordnungen ein.

Warum ist Deutschland das Land mit den meisten Gesetzen? Weil wir Bürger nicht genügend nachdenken und eigenverantwortlich handeln, wie es in Artikel 2 der Verfassung geschrieben steht? Hätten wir zu Hause oder in der Schule die Bedeutung von Zusammenleben gelernt, bräuchten wir nicht so viele Ge- und Verbote. Die Flut der Regelungen bedeutet, dass uns Eigenverantwortung abgesprochen wird. Eigenverantwortung ist aber von der Verfassung gewollt. Alles regeln zu wollen, ist der falsche Weg. Er wird zwangsläufig zum Kollaps der Gesellschaft führen. Das Vertrauen der Parlamentarier in die Bürger und Bürgerinnen, Eigenverantwortung zu lernen und danach zu leben, scheint nicht vorhanden zu sein. Wie selbstverständlich wird, ohne über den Sinn der Verfassung nachzudenken, von den Parlamentariern Gesetz nach Gesetz verabschiedet.

Wir sollten wieder dahin kommen, dass **jeder** Mensch einigermaßen gerecht von der Gemeinschaft nimmt und auch etwas an sie zurückgibt. Die Grundlagen unseres Lebens dürfen nicht zur Disposition von Einzelnen oder einer Gruppe stehen können. Immer nur nehmen, ohne auch etwas zu geben, oder immer nur geben müssen, ohne einen Ausgleich zu bekommen, entspricht nicht dem Geist der Verfassung. Wir müssen einen gerechten Ausgleich herstellen.

Warum machen wir uns um diese Dinge so wenig Gedanken?

Warum überprüfen wir nicht öfter unser Reden, Handeln und Unterlassen? Oder machen Sie das? Deshalb ist ein Regelwerk für das Zusammenleben erforderlich und muss von jedem akzeptiert und eingehalten werden. Jeder sollte sich Selbstbeschränkung im Sinne

eines friedlichen Zusammenlebens auferlegen und die Verfassung in seinem persönlichen Leben umsetzen.

Die Verfassung wurde aufgrund der negativen Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs und mit dem Versagen der Parteien in „Weimar“ von klugen Menschen im Parlamentarischen Rat geschrieben, damit sich die Geschichte nicht so oder ähnlich wiederholt. Diese wird zwar von unserem obersten Verfassungsschützer, unserem Präsidenten, gelobt, aber leider nicht aktiv verteidigt. Da er Gesetze unterzeichnen muss, wäre Erfolgskontrolle anhand der Verfassung möglich und angebracht.

Jeden Tag verstoßen unsere Abgeordneten, die Regierung (Exekutive) massiv gegen unser Grundgesetz, ich behaupte, vorsätzlich und in vollem Bewusstsein (Beispiele folgen im weiteren Verlauf des Buches). Kennen sie unsere Verfassung nicht oder interessiert sie die Verfassung nicht? Wenn der Präsident nicht einschreitet oder sich die Bürgerinnen und Bürger nicht wehren, wird das so weitergehen.

Unsere Abgeordneten haben ein sehr weites Gewissen, wenn es ihnen nutzt. Ich sage: Sie haben – ohne Ausnahme – keinen Anstand und keinen Respekt vor uns, dem Volk. Halten sich die Politiker für etwas Besseres als den Rest der Bevölkerung?

Unsere 709 Abgeordneten, vier Abgeordnete mehr als im Europaparlament, die rund 340 Millionen Europäer repräsentieren, können lesen und schreiben. Rund 80 Prozent von ihnen haben studiert, daher kann unterstellt werden, dass sie verstanden haben,

was unsere „Verfassungsväter und -mütter“ mit den Verfassungsartikeln gemeint haben. Vielleicht sollte die Kenntnis unserer Verfassung zur Voraussetzung für ein politisches Amt gemacht werden. Aber in unserem Land kann jeder ungeprüft zum Abgeordneten gewählt werden. Qualitätskontrolle durch Delegierte oder Medien? Fehlanzeige.

Würden sich unsere Abgeordneten an unserer Verfassung orientieren, müsste sehr viel im Parlament geändert werden. Später, wenn ich im Detail auf die Verfassung eingehe, werde ich meine Behauptung belegen. Zum Beispiel, von wem die Staatsgewalt ausgehen soll (Artikel 20); warum Gewaltenteilung, das heißt Kontrolle, gewollt ist; warum die Macht der Parteien begrenzt wurde (Artikel 21); warum Abgeordnete unabhängig entscheiden sollen (Artikel 38) und warum die Bundeswehr nicht im Ausland eingesetzt werden soll (Artikel 115 a).

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, unsere Verfassung ist kurz. Um die Absicht des Parlamentarischen Rates bei der Formulierung der 147 Artikel zu erkennen, reicht es aus, lesen zu können, ein Studium ist nicht erforderlich. Zum Verständnis trägt bei, sich etwas mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts auszukennen.

Hochkulturen und Weltreiche sind zusammengebrochen, wenn die Herrschenden die Interessen des Volkes ignoriert und unterdrückt oder es ausgebeutet haben. Das passiert bei uns derzeit. Steuern und Abgaben nach Bedarf, und Recht kann sich nur verschaffen, wer wohlhabend ist.

Wenn Sie, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, Ihre Gleichheit vor dem Gesetz durchsetzen wollen, müssen Sie ausreichend finanzielle Mittel und Zeit haben. Viele Bürgerinnen und Bürger verzichten auf den Rechtsweg und nehmen Unrecht hin, das heißt, sie lassen sich unterdrücken, weil sie Gesetzestexte und Verordnungen nicht ausreichend selbst verstehen können. Wer möchte oder kann sich Stundensätze von sogenannten „Staranwälten“ von 250 Euro und mehr leisten? Recht ist also ein Privileg Wohlhabender. Ist das so von den Verfassungsvätern und-müttern gemeint gewesen?

Gut, wir haben die Möglichkeiten, Armenrecht in Anspruch zu nehmen oder zum Teil teure Rechtsschutzversicherungen abzuschließen, aber ist das der richtige Weg um sich rechtlich Gehör zu verschaffen?

Die Fragen der jungen Generation und meine eigenen Fragen treiben mich um. Was tun wir, und was können wir tun, um die Verfassung zu diskutieren, zu beschließen und durchzusetzen?

Was ist zu tun, um unsere Verfassung im Sinne des Parlamentarischen Rates umzusetzen?

Wir arbeiten in der Regel fünf Tage in der Woche, überwiegend angespannt – und in der übrigen Zeit? Montag bis Sonntag Bundesliga, erste, zweite und dritte, Fernsehen, Feten und WhatsApp ...?

Einige Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren sich in Bürgerinitiativen oder Vereinen für die Lösung von Teilproblemen. Oft sind die Anliegen sehr nützlich und erforderlich, aber oft auch nicht bis

zum Ende gedacht, denken Sie an Klimaschutz und Elektroautos. Aber was tun wir für das Wesentliche? Wie verhindern wir Verfassungsbruch?

Vermutlich sind die meisten von Ihnen, die dieses Buch lesen, in diesem Land, ebenso wie ich, kostenlos zur Schule gegangen, haben weitgehend kostenlos studiert und genießen im Rahmen der Gesetze viele Freiheiten. Es wäre angebracht, sich zu bedanken und unserer Gesellschaft etwas zurückzugeben. Zeit und Engagement einzusetzen für den Bestand unserer freiheitlichen Ordnung wäre eine Option. Was tun wir, damit unser gesellschaftliches System eine Demokratie im Sinne des Parlamentarischen Rates wird? Sollten Sie zu den Menschen gehören, die sich in Wählergemeinschaften, Bürgerinitiativen oder auf andere Weise nachhaltig zu Wort melden, sind Sie eine wohlthuende Ausnahme. Wenn Sie denken, diese vermeintliche Demokratie sei gut für Sie, wie sie derzeit ist, was tun Sie, damit sie so bleibt?

Wie können wir grundsätzliche Missstände abschaffen?

Wenn Sie zu den Menschen im Land gehören, die meinen, es gehe ihnen gut, sie hätten ein Dach über dem Kopf, eine funktionierende Heizung, genug zu essen und hätten nichts auszusetzen, dann frage ich Sie: Glauben Sie, dass das so bleibt? Warum glauben Sie das? Was geschieht, wenn wir viele Arbeitslose bekommen, so wie nach dem Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik? Glauben Sie, das tangiert Sie nicht oder das könnte nicht eintreten? Sie seien davon nicht betroffen? Was meinen Sie, was die Politik macht, wenn sie Geld benötigt? Sie nehmen es von denen, die etwas

haben! Hypotheken auf Grundstücke, Steuern erhöhen, Leistungen kürzen, Einkommen im öffentlichen Dienst kürzen oder aussetzen. Alles ist möglich!

Wie schnell wir in wirtschaftliche Not kommen können, haben wir gerade jetzt im Jahr 2020 während der „Pandemie“ gemerkt.

Sie glauben, ich fantasriere?

Es lohnt sich, das Buch „1421. Als China die Welt entdeckte“ zu lesen. Geschichte wiederholt sich! Fast das Gleiche geschieht jetzt wieder! China hat über eine Milliarde Menschen, die inzwischen, wie bei uns, fast alle zur Schule gehen, studieren und nach Wohlstand streben. Wer will ihnen das absprechen? Wer glaubt, China müssten wir nicht so ernst nehmen, wir Deutschen seien schon ziemlich klug, uns könnten die Chinesen wirtschaftlich und politisch nicht gefährden, ist mehr als realitätsfremd! Allein die Anzahl von Chinesen könnte uns zu denken geben. Rund 14 Mal so viele intelligente Menschen wie bei uns können ein Vielfaches von uns denken und entwickeln. Viele Chinesen sind sehr diszipliniert, genügsam und zielstrebig. Um diesen Vorteil der Chinesen auszugleichen, müssen wir unsere Produktivität auf Dauer hochhalten.

China baut inzwischen eigene Flugzeuge, Eisenbahnen, Autos, Weltraumtechnik, Kommunikations- und Medizintechnik, und alles schneller und billiger als wir. Warum sollen die Chinesen demnächst noch für 100 Milliarden Euro im Jahr bei uns einkaufen? Chinesen haben auf fast jedem Kontinent zurzeit rund 80 Milliarden Euro Staatsanleihen erworben und damit Einfluss auf die Politik der

Kontinente, sie haben sich Rohstoffquellen in Afrika und auf Grönland gesichert, ihnen gehören Hafenanlagen in Athen und Triest. Eine moderne Seidenstraße endet in Duisburg. Ein Joint Venture mit chinesischen Anteilen von 51 Prozent bedeutet, dass die Chinesen das Sagen in vielen Bereichen der Wirtschaft und als Folge auch in der Politik haben. Freiwillig verkaufen wir unsere wirtschaftliche Zukunft an eine Diktatur.

Wenn Sie die Rede des Vorsitzenden des chinesischen Volkskongresses, Xi Jinping, zum 70. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China gehört haben, sollten Sie wach werden. China strebt eine Vormachtstellung auf der Welt an, hat seinen Führungsanspruch angemeldet und wird sein Vorhaben vermutlich auch umsetzen.

Es ist allerhöchste Zeit mitzuhelfen, dass Deutschland leistungsfähig bleibt, schnell und handlungsfähig wird und nicht Geld für Dinge ausgibt, die wir uns nicht mehr leisten können. Wir haben kein Geld übrig für unsinnige Ausgaben und überflüssige Geschenke. Wir müssen unabhängig werden gegen Erpressung und in der Lage sein, lebensnotwendige Güter jederzeit zu beschaffen.

Es ist erforderlich, dass unsere Produktionskosten konkurrenzfähig bleiben oder werden. Dazu sind unproduktive Kosten für Politik, Verwaltung und Justiz zu senken und nicht ständig zu erhöhen.

„Elite“ ist bei uns leider ein Schimpfwort, aber eine große Zahl durchschnittlich gebildeter Menschen hilft uns nicht, wirtschaftlich an der Weltspitze zu bestehen. Wir sollten begabte junge Menschen zusätzlich fördern.

Die Weltherrschaft wird nicht mit Waffen erobert werden, sondern durch wirtschaftliche Macht und Intelligenz. Möchten Sie Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin in einer Diktatur werden?

Chinesen sind keine Humanisten, auch uns gegenüber nicht! Chinesen sind nicht einmal human zu ihren eigenen Landsleuten. Wer nicht ins politische System passt, hat es schwer. Recht ist, was die „Partei“ sagt. Gerichte bemühen in einer Diktatur? Glauben Sie, ausgerechnet auf individuelle Freiheit nimmt eine Diktatur Rücksicht, auf lächerliche Partikularinteressen?

Insbesondere wer religiös ist, sollte bedenken, welche Einstellung Diktatoren zu Religion haben. Eine universelle Kraft, die Diktatoren nicht wahrnehmen können, empfinden sie als Bedrohung. Wer religiös ist, sollte aktiv für unsere Verfassung arbeiten; denken Sie an den Umgang der chinesischen Führung mit Uiguren und anderen Minderheiten.

Was, glauben Sie, kann ein Volk wie Deutschland, das in wenigen Jahren noch ein halbes Prozent der Weltbevölkerung stellt, ohne Rohstoffe ausrichten? Müssen wir uns nicht zügig auf Wesentliches konzentrieren und unser Erfolgsmodell „Deutschland“ kritisch hinterfragen?

Was sollen wir tun, wenn wir erkennen, dass unsere „Häuptlinge auf Zeit“ nicht mehr wirkungsvoll unsere Interessen vertreten? Unser gesamtes Volk muss seine Ordnung und seine Ziele diskutieren und entweder die Verfassung in der vorliegenden Form verabschieden oder Änderungen herbeiführen und dann konsequent umsetzen.

Wie wollen wir Veränderungen in unserem jetzigen politischen Parteiensystem zugunsten unserer Verfassung erreichen?

Innenminister Thomas de Maizière hat gesagt, so erinnere ich es, wir sollten in irgendeine Partei eintreten und unsere Meinung einbringen. Es ist schon erstaunlich, so etwas als Lösungsvorschlag von einem führenden Politiker zu hören!

Ich habe das gemacht – ich war rund zwölf Jahre politisch tätig in einer Partei: Kreisvorsitzender, Mitglied im Landesvorstand, im Umweltausschuss der Partei in Bonn, Delegierter zum Landes- und Bundesparteitag, in der Kommunalpolitik, Deputierter in einer Behörde in Hamburg und mehr.

Wirklich Entscheidendes konnte ich nicht bewirken. Meine Erkenntnis: Nur „Häuptlinge“ können wirklich etwas ändern. Und „Häuptling“ kann nur werden, wer in ein Netzwerk eingebunden funktioniert. Parteimitglied zu sein ist nett, aber kein erfolgversprechender Weg, Politik im Sinne unserer Verfassung zu gestalten. Mehr dazu später unter „Parteien“.

Dann habe ich durchdachte und sorgfältig geschriebene Briefe abgeschickt, auch an die Bundeskanzlerin und die Kabinettsmitglieder. Frau Merkel hat mir alles Gute für meine Zukunft gewünscht, aber sonst haben meine Briefe keine Wirkung erzielt. Mein Schriftwechsel mit Herrn Kinkel hat mir zwar Erkenntnisse gebracht, aber nichts bewirkt. Als Bürger Briefe zu schreiben, führt selten zum Erfolg.

Aufgrund des Arbeitspensums unserer politischen Führung sind Briefe von vielen Millionen Bürgern nicht der geeignete Weg zur Kommunikation, deshalb müssen wir neue Wege ausfindig machen und versuchen.

Demonstrieren wollte ich bisher nicht, weil immer gewaltbereite Menschen Demonstrationen missbrauchen und der Exekutive eine Handhabe zum Eingreifen liefern. Auch traue ich „V-Leuten“ zu, Demonstrationen missbräuchlich zu beeinflussen.

Gewaltfrei demonstrieren? Meistens werden Demonstrationen von den Adressaten ausgesessen.

Ich möchte unsere Verfassung diskutieren und umgesetzt wissen, unser Land friedlich zukunftsfähig entwickeln, und ich möchte im Sinne von Artikel 2 der Verfassung leben.

Es ist die Meinung, die quer durch die Bevölkerung zu hören ist: „Wir als Bürger sind ohnmächtig.“

Bundestagskandidatinnen und -kandidaten werben alle vier Jahre einige Wochen lang um unsere Stimme mit mehr oder weniger populistischen Zielen, die sie nach meinem Eindruck nie wirklich vorhaben einzuhalten. Sie setzen idealistisch gesinnte Parteimitglieder für ihre persönlichen Ziele ein, um nach der Wahl weiter die Ziele ihrer Netzwerke zu pflegen.

Von einem Regierungsmitglied wurde mir sinngemäß gesagt: Die Negativauslese der Bevölkerung sitzt in den Führungsebenen der Politik.

Hat Sie, sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, als Privatperson – wenn Sie kein Parteimitglied sind – irgendwann in Ihrem Leben ein Abgeordneter ernsthaft nach Ihrer Meinung gefragt und diese dann sogar umgesetzt?

Im Folgenden werde ich, nach meinem Verständnis, die Absicht unserer Verfassung aufzeigen, wie unsere Demokratie sein sollte und wie sie in der Praxis aussieht.

Unsere Verfassung berücksichtigt den menschlichen Egoismus und das evolutionsbegründete Streben nach Vorteilen und hat deshalb den Schutz der politischen Gewalten vor Missbrauch in der Verfassung instrumentalisiert.

Wir haben drei Gewalten, die unabhängig voneinander arbeiten sollen: die Gesetzgebung (Legislative), die ausführenden Organe (Exekutive), die Rechtsprechung (Judikative). Als sogenannte vierte Gewalt haben wir die freie Presse.

Dass die Verfassung, zurzeit unser Grundgesetz, eingehalten wird, sollen der Bundespräsident und das Verfassungsgericht überwachen.

Zuerst werde ich mich mit unserem Grundgesetz beschäftigen und aufzeigen, dass unser Grundgesetz nur auf dem Papier steht und selbst Eide, die darauf abgelegt werden, permanent gebrochen werden, ohne dass der Bundespräsident tätig wird.

Danach werde ich mich mit der Funktion des Bundespräsidenten, des „ersten Dieners“ des Staates und Schützers der Verfassung, dann mit dem Parlament (Legislative) und der Regierung (als Teil der Exekutive) befassen. Ich werde Ihnen aufzeigen, dass andauernd gegen die Trennung von Legislative und Exekutive verstoßen wird. Das EU-Parlament werde ich nur am Rande streifen.

Ich versuche an Beispielen zu zeigen, dass die Verwaltung als Teil der Exekutive Gesetze und Verordnungen zum Schaden der Demokratie nicht ausführt und uns Bürgerinnen und Bürgern nichts anderes übrig bleibt, als auf unser Recht zu verzichten oder den Gerichtsweg zu beschreiten.

Dass viele Medien mehr an Gewinnerzielung als an sauberer, ausgewogener und nachhaltiger Berichterstattung interessiert sind, können aufmerksam Beobachtende sehen. Alle 14 Tage wird eine neue „Sau“ durchs Dorf gejagt, um Auflagen und Einschaltquoten zu erhöhen. Selten werden Themen bis zum Ende verfolgt. Zum Beispiel hören wir nichts mehr von den Steuerparadiesen, obwohl das Thema immer noch akut ist. Auch über Konflikte wird nach einiger Zeit nicht mehr berichtet, obwohl die Konflikte andauern. Der Eindruck, dass unliebsame Meinungen unterdrückt werden, ist bei vielen Menschen vorhanden. Verallgemeinerungen und Stigmatisierungen sind auch bei öffentlich-rechtlichen Medien an der Tagesordnung. Gut, wir haben viele unterschiedliche Medien und wer Zeit hat, kann vergleichen.

Dann befasse ich mich mit unseren Parteien und wie sie mit dem Mitwirkungsrecht laut Artikel 21 unserer Verfassung umgehen.

Nicht befassen werde ich mich mit dem Thema der Parteistiftungen, die keineswegs nur Steuergelder bekommen. Die Spendenaffäre und die „Kohl-Freundschaft“ haben Sie sicher noch gegenwärtig. Alle Parteien beteiligen sich aus Eigennutz an diesem System.

Was in diesem Land aus meiner Sicht zu ändern ist, um erfolgreicher zu werden und ein freies, demokratisches Land zu bleiben bzw. zu werden, wird breiten Raum einnehmen.

Zum Schluss werde ich versuchen, uns einen gewaltfreien Weg zur Reanimierung unserer Verfassung aufzuzeigen.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, es ist unsere Aufgabe, unsere und die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen selbst in die Hand zu nehmen. Die deutsche „Parteiennetzwerkkratie“ hat ein Eigenleben entwickelt, das nur durch das Volk abgelöst werden kann, durch eine echte Herrschaft des Volkes.

Meinen Enkelinnen werde ich sagen, ich habe mich bemüht.

Unsere Verfassung

Quelle: Wikipedia, Mai 2020

(den Text der Fußnoten finden Sie auf Wikipedia)

„Das **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** vom 23. Mai 1949 (umgangssprachlich auch deutsches Grundgesetz; allgemein abgekürzt GG, seltener auch GrundG) ist die Verfassung[2] Deutschlands.

Der von September 1948 bis Juni 1949 in Bonn tagende Parlamentarische Rat hat das Grundgesetz im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte ausgearbeitet und genehmigt. Es wurde von allen deutschen Landtagen in den drei Westzonen mit Ausnahme des bayerischen angenommen. Eine Volksabstimmung gab es mithin nicht. Dies und der Verzicht auf die Bezeichnung als „Verfassung“ sollte den provisorischen Charakter des Grundgesetzes und der mit ihm gegründeten Bundesrepublik Deutschland betonen. Der Parlamentarische Rat war der Auffassung, dass das Deutsche Reich fortbestehe und eine neue Verfassung für den Gesamtstaat daher nur von allen Deutschen oder ihren gewählten Vertretern beschlossen werden könne. Weil die Deutschen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und im Saarland aber gehindert waren, mitzuwirken, sollte für eine Übergangszeit ein „Grundgesetz“ als „vorläufige Teilverfassung Westdeutschlands“ geschaffen werden: Die ursprüngliche Präambel hob den Willen des deutschen Volkes zur nationalen und staatlichen Einheit hervor.[3] Das Saarland wurde am 1. Januar 1957 Bestandteil der Bundesrepublik und kam damit in den Geltungsbereich des Grundgesetzes. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde es die Verfassung des gesamten Deutschen Volkes (→ Präambel).[4]

Die Kriterien eines materiellen Verfassungsbegriffs erfüllt das Grundgesetz von Anfang an, indem es eine Grundentscheidung über die Form der politischen Existenz des Landes trifft: Demokratie, Republik, Sozialstaat, Bundesstaat sowie wesentliche Rechtsstaatsprinzipien. Neben diesen Grundentscheidungen regelt es die Staatsorganisation, sichert individuelle Freiheiten und errichtet eine objektive Wertordnung.[5]

Besondere Bedeutung haben aufgrund der Erfahrungen aus dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat die im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Sie binden alle Staatsgewalt als unmittelbar geltendes Recht (Art. 1 Abs. 3). Durch ihre konstitutive Festlegung sind die Grundrechte also nicht nur bloße Staatszielbestimmungen; vielmehr bedarf es in der Regel keiner rechtsprechenden Instanz zu ihrer Wahrnehmung und die Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung sind an sie gebunden. Daraus leitet sich der Grundsatz ab, dass die Grundrechte in erster Linie als Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat zu verstehen sind, während sie weiterhin auch eine objektive Wertordnung verkörpern, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Rechts gilt. [6] Die soziale und politische Struktur der staatlich verfassten Gesellschaft wird damit verfassungsrechtlich festgelegt.

Das Bundesverfassungsgericht bewahrt als unabhängiges Verfassungsorgan die Funktion der Grundrechte, das politische und staatsorganisatorische System und entwickelt sie weiter. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in seiner heutigen Form schreibt eine perpetuierte[7] und legitimierte[8] Staatsverfassung fest.[9] Sie kann nur durch Beschluss einer neuen Verfassung durch das Volk abgelöst werden (Art. 146).“

Die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Stand 1984 (Herausgeber Deutscher Bundestag) lautete wie folgt:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben **für eine Übergangszeit** eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Spannend? Ich finde ja!

1990 wurde die Präambel geändert. Die Liste der Bundesländer wurde erweitert und die ursprüngliche Intention des Parlamentarischen Rates, nach der Erreichung der Einheit über die Verfassung vom Souverän abstimmen zu lassen, wurde nach Gutsherrenart gestrichen. Es wurde verordnet, dass die Verfassung jetzt für alle gilt.

Ich fühle mich unangemessen bevormundet in einer existenziellen Frage unseres Zusammenlebens. Es ist Aufgabe des gesamten Volkes, die Regeln für unser Zusammenleben zu diskutieren, eventuell zu ändern und dann zu verabschieden.

Nun will ich nicht die gesamten 147 Artikel mit Ihnen durchgehen, das wäre zwar ein eigenes Buch wert, aber mein Anliegen ist es, Ihnen deutlich zu machen, dass bei uns im Staat einiges grundsätzlich nicht in Ordnung ist und von uns Bürgern und Bürgerinnen beachtet und geändert werden sollte, Erfolgskontrolle ist von uns Bürgern gefordert.

Artikel 20 (2) „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Das heißt doch wohl, wir Bürger sollen durch Wahl unsere Repräsentanten auswählen. Nicht geschehen soll dies durch einen kleinen Teil des Volkes, sondern durch alle Wahlberechtigten und nicht durch eine kleine Gruppe von Delegierten der Parteien und/oder durch deren Netzwerke. Sie als Nicht-Parteimitglied haben noch nie einen Abgeordnetenkandidaten auf eine Liste für eine Parlamentswahl gewählt. **Die jetzige Vorgehensweise entspricht nicht dem Geist unserer Verfassung.**

Artikel 21 (1) „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Das heißt doch, nicht die Parteien, deren wenige Delegierte bzw. die Netzwerke der Parteien sollen allein über die Benennung unserer Repräsentanten bestimmen.

Die Parteien wirken nicht mit, sondern bestimmen, was das Volk zu wollen hat! Wenige Delegierte bestimmen, wer ins Parlament kommen kann, nicht das Volk. Auf Bundesparteitag werden unter der Parteitagsgregie der Bundesvorstände Programme verabschiedet.

Die einzige Möglichkeit für Sie als Bürgerin oder Bürger ist es, bei Wahlen Wahlenthaltung zu üben, wenn Sie einen anderen Willen haben. Wahlenthaltungen werden aber so behandelt, als hätten die Bürgerinnen und Bürger nur vergessen zu wählen, und werden einfach, entsprechend den Wahlergebnissen für die Parteien, aufgeteilt. Die Parteien erhalten sogar noch Wahlkampfkostenerstattungen für Bürger, die den angetretenen Parteien die kalte Schulter gezeigt haben. So steht es mit der Demokratie und dem weiten Gewissen aller Abgeordneten. Mit dem Willen des Parlamentarischen Rates hat das nichts zu tun.

Während meiner politischen Zeit habe ich einen Antrag eingebracht und auch sehr weit vorangetrieben, der vorsah, ein Feld für „Enthaltung“ auf dem Wahlzettel auszuweisen. Damit sollten die Wähler und Wählerinnen die Möglichkeit erhalten, mit ihrer Stimme zum Ausdruck zu bringen, dass sie wählen, aber niemanden der von den Parteien vorgegebenen Kandidaten legitimieren wollen.

Die Sitze entsprechend dem Anteil der Wahlenthaltungen sollten im Bundestag frei bleiben. Da hätten Sie mal den Bundesvorstand hören sollen. Dann wäre unser Land nicht mehr regierungsfähig, und um dann eine Mehrheit im Bundestag zu erzielen, müssten fast alle Fraktionen zusammenarbeiten.

So weit zur Mitwirkung der politischen Parteien. Die Macht der Parteien steht im Widerspruch zur Verfassung, und da kein Schaf sich selbst schert, muss der Souverän eine Änderung herbeiführen, also Sie und ich.

Artikel 38 (1) „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, **unmittelbarer**, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, **an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.**“

Das heißt doch wohl: Regierungsansagen, Fraktionsbeschlüsse, Parteitagsprogramme etc. haben keine verpflichtende Wirkung für Abgeordnete. Die Realität sieht anders aus. Die Regierung, die Fraktionsvorstände, die Parteien haben offenbar ein gestörtes Verhältnis zur Verfassung und der Bundespräsident schweigt dazu.

Bei uns entscheiden Fraktionsvorstände, wer wann ein Gewissen haben darf. Ist das nicht Nötigung und Verfassungsbruch? Und was sagt unser Präsident?

Bei uns werden im Parlament gut durchdachte Vorschläge der Opposition allein deshalb abgelehnt, weil sie von der Opposition

kommen. Mit Gewissen hat das alles nichts zu tun. Es sind reine Machtspiele, um die eigenen Pfründen zu schützen. Das ist offenbar der Wille des Volkes ... Es ist Ihr Wille, sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, solange Sie und ich diese Machenschaften dulden, haben wir alle es auch so verdient.

Unsere Abgeordneten sind in Netzwerke eingebunden und wer nicht funktioniert, also sich nicht entsprechend den Gruppenvorgaben loyal verhält, muss damit rechnen, nicht wieder für den Bundestag unterstützt zu werden.

Das zum Thema Gewissensfreiheit!

Artikel 38 (2) „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen, ... sind verfassungswidrig.“

Als in Thüringen 2020 nach der Wahl eine Regierungsbildung schwierig war, haben CDU-Abgeordnete eine Regierungsbildung ermöglichen wollen. Die Bundes-CDU hat auf Parteitagsbeschlüsse verwiesen und am Anfang eine Regierungsbildung verhindert. Personelle Veränderungen haben dann eine andere Lösung ermöglicht. Die CDU hat verfassungswidrig gehandelt! Und unser Präsident – hat geschwiegen.

Die anderen Parteien sollten an dieser Stelle keinen Kommentar der Freude abgeben. „Wer einen Balken im Auge hat ... oder wer keine Schuld hat, kann den ersten Stein zum Werfen aufheben.“

Artikel 115 a (Verteidigungsfall) „Die Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates ... mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen ..., mindestens der Mehrheit ...“

Haben Sie in unserer Verfassung irgendwo gelesen, dass in Friedenszeiten deutsche Soldaten mit Waffen außerhalb unseres Landes eingesetzt werden dürfen? Woher nehmen die Vertreter und Vertreterinnen unseres Volkes, insbesondere bei den vorgegebenen Formulierungen des Parlamentarischen Rates und in Anbetracht unserer Geschichte, das Recht, Soldaten in andere Länder in kriegerische Auseinandersetzungen zu entsenden? Sie nehmen billigend in Kauf, dass andersdenkende Menschen und unsere eigenen Soldaten erschossen oder verletzt werden oder Traumata erleiden. Der Verteidigungsfall wurde nicht erklärt. Wir Deutschen haben zu Zeiten der deutschen Teilung immer darauf bestanden, dass alle Menschen ihr Schicksal selbst bestimmen können. Gilt das nur, wenn uns deren Weltanschauung passt?

Wo unsere Bundeswehrsoldaten überall eingesetzt werden, ist ja hinlänglich bekannt. Wenn die Bundeswehr nur zur Verteidigung da ist, was macht sie dann in Afghanistan, in Jordanien, in Afrika und im Irak?

Verteidigungsminister Peter Struck, SPD, vertrat 2001/2002 die Meinung, dass die Verteidigung am Hindukusch anfängt. Ist das unsere Meinung? Hat diese Meinung eine verfassungsmäßige Grundlage?

Mitzuwirken bei von den Vereinten Nationen (UN) befürworteten oder der Nato gewünschten Einsätzen, können wir ja wollen. In unserem Grundgesetz werden solche Möglichkeiten nicht direkt erwähnt. Eine Diskussion im Volk darüber, ob wir unsere Freiheit in Afghanistan oder an anderen Stellen auf der Welt militärisch verteidigen wollen, ob wir Hilfestellungen für andere Länder mit der Bundeswehr leisten wollen, findet nicht statt. Die Soldaten werden einfach per Beschluss geschickt. Und unser oberster Verfassungsschützer, unser Bundespräsident, wie ist sein Verständnis von Artikel 115 a? Er fordert sogar noch mehr Engagement der Bundeswehr auf ausländischen Territorien. Gibt das unsere Verfassung her?

Möglicherweise gibt es juristische Überlegungen um Bundeswehreinmärsche im Ausland zu rechtfertigen, aber ist das der Wille des Volkes? Dann könnte doch die Verfassung angepasst werden. Wie weit ist es her mit der Achtung vor der Verfassung und dem Souverän, dem Volk?

Eine Grundsatzdiskussion darüber, wie wir uns als Volk zeitgemäß verteidigen wollen, ist überfällig. Hören wir nicht immer wieder, friedensschaffende Maßnahmen seien nicht mit Waffen zu erreichen? Wer glaubt, Macht mit Waffen erlangen zu können, hat noch nicht ausreichend über andere Möglichkeiten nachgedacht. Wer andere beherrschen will, muss die Handlungsfähigkeit eines Volkes ausschalten. Heute gibt es andere Möglichkeiten als zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Militär als einziges Instrument der Verteidigung, wozu?

Wenn wir nicht gegen bewaffnete Bundeswehreinmärsche im Ausland aufbegehren, haben wir Mitverantwortung für die Folgen dieser Bundeswehreinmärsche.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, als weiteres Buch kann ich Ihnen empfehlen: „Der kleine Machiavelli“. Dort wird deutlich, wie unsere vermeintliche Demokratie und Organisationen funktionieren.

Ein großer Teil der Bevölkerung hat längst erkannt, dass die etablierten Parteien ihren eigenen Geschäften nachgehen und die Meinung der Bürgerinnen und Bürger nicht wirklich wissen wollen. Die Bevölkerung hat kein Vertrauen mehr in die etablierten Parteien – eine Parallele zur Weimarer Republik.

Der Anteil der Wählerinnen und Wähler der regierenden Parteien unter Berücksichtigung der Wahlenthaltungen beträgt gerade mal rund ein Drittel des Wahlvolkes. Bei einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent sind 50 Prozent ein Drittel des Wahlvolkes. CDU/CSU und SPD tun aber so, als verträten sie das Volk, und halten andere Parteien, solange sie können, von Entscheidungen fern. Zwei Drittel der Bevölkerung werden nicht durch die Regierung von CDU/CSU und SPD vertreten. Eine Minderheit herrscht bei uns über die Mehrheit. Wahlenthaltung als fehlende Willensäußerung zu betrachten, halte ich für unzulässig.

Wollen Sie das so, sehr geehrter Leserin, sehr geehrter Leser, oder ist Ihnen egal, was aus unserer Verfassung wird? 30 Jahre nach der Vereinigung der Deutschen haben wir Bürger noch immer nicht über unsere Verfassung diskutiert und abgestimmt!

Sie sollten massiv Laut geben, sonst gehen die Netzwerkmachenschaften innerhalb der Parteien in Verbindung mit Lobbyismus so weiter ... Und wo bleibt da das Volk, also Ihre Interessen, Ihre freiheitliche Zukunft? Fast jeder ist empört über die Mafia, über Clans – aber was sind politische Netzwerke? Lassen Sie sich nicht von Polemik aus der Politik davon abhalten, sich öffentlich zu zeigen.

Ich weiß nicht, was Ihr Anliegen ist, aber wer lässt sich schon gern ausplündern. Ich rede von unangemessenen Steuern. Haben Sie sich schon mal den Bundeshaushalt und die für Bürger intransparenten „Nebentöpfe“ angesehen? Das ist auch Ihr mühsam verdientes Geld, das dort ausgegeben wird. Zu Gängelei komme ich noch. Mit Gängelei meine ich Einschränkungen unserer Freiheit und die ungleiche Anwendung unserer Rechte.

Aber zuerst einmal betrachte ich das Amt des **Bundespräsidenten**. Der Bundespräsident wird auf fünf Jahre gewählt und wenn er nicht wiedergewählt wird, ist **er nicht mehr** Präsident, sondern Bürger wie Sie und ich.

Was meine ich?

Wenn Sie an unsere letzten Bundespräsidenten denken, fällt Ihnen auf, dass das Selbstverständnis dieser Herren ist, **nach dem Ende** ihrer Amtszeit einen Anspruch auf rund 17.000 Euro monatliche Bezüge, ein Büro mit Personal und einen Fuhrpark zu haben.

Während der Amtszeit sollen sie gern angemessene Bezüge und Ausstattungen erhalten. Ein Sprichwort sagt: „Dem Esel, der drischt,

soll man nicht das Maul zubinden.“ Aber was ist, wenn die Aufgabe erledigt ist? Welches Selbstverständnis steht dahinter? Eine gesetzliche Regelung durch die politischen Akteure ist noch lange keine moralische Rechtfertigung dem Volk und Steuerzahler gegenüber.

Nach der Affäre Wulff wollte der Bundestag etwas, was auch immer, ändern. Ist irgendetwas passiert? Warum sollte es auch? Irgendwann wird ja vielleicht ein Parteilfreund Bundespräsident, ein schöner Posten mit anschließender Luxusversorgung. Als Pastor und praktizierender Christ sollte einem das Neue Testament in Bezug auf das Zusammenleben der Ur-Christen gegenwärtig sein.

Als Arbeitnehmer des Volkes kann der Präsident, wie jeder andere Arbeitnehmer auch, Beiträge für seine Altersversorgung in eine staatliche Rentenkasse einzahlen und mit Eintritt ins Rentenalter Leistungen aus dieser Einrichtung erhalten. Falls ihm die Bezüge zu niedrig sind, kann er, wie jeder andere auch, selbst Vorsorge betreiben.

Artikel 56 (Amtseid) „Ich schwöre ..., das Grundgesetz ... zu wahren und zu verteidigen.“ „Wahren“ heißt doch wohl, der Bundespräsident soll als Verfassungsorgan Kontrolle ausüben. Erinnern Sie sich, ob schon mal ein Bundespräsident die Einhaltung des Grundgesetzes angemahnt hat, weil die Abgeordneten dagegen verstoßen haben?

Was wollen wir mit Präsidenten, die Schönwetterreden halten, anstatt auf den Kern der Demokratie zu achten? Sollten sie nicht Mahner sein? Unser Präsident sollte ein Vorbild sein. Je weiter wir

uns von der Gründung der Bundesrepublik und der Definition unserer Ordnung entfernen, umso schwächer werden unsere Präsidenten bei der Anmahnung der Einhaltung unserer Verfassung. Grund: Die Erfolgskontrolle durch den Souverän, uns Bürger, fehlt.

Wir werden von den Bundespräsidenten ständig aufgefordert, nicht unsere Geschichte zu vergessen, damit nicht wieder schreckliche Dinge, wie in der Hitler-Diktatur, geschehen. Die Gräueltaten der jüngsten Nachkriegsgeschichte von Deutschen an Deutschen in der DDR werden in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, auch nicht, was sonst noch in unserer Geschichte geschehen ist: die Glaubenskriege unter christlichem Vorwand, das Mittelalter, der Erste Weltkrieg und andere Grausamkeiten.

Wenn die Präsidenten und politischen Führer der Meinung sein sollten, dass wir Menschen auch ohne eigene Erfahrungen allein aus Geschichtsbüchern lernen, dann will ich sie nicht davon abbringen. Meine Überzeugung ist das nicht. Ich glaube, Vergangenes sehen wir eher wie einen uns nicht betreffenden Stummfilm an, oder wie geht es Ihnen?

Zum Geschehen um das „Dritte Reich“ gehören zwingend auch der „Vorlauf“, also der Erste Weltkrieg und das Versagen der politischen Parteien in der Weimarer Republik, und ganz wesentlich die Arbeit des Parlamentarischen Rates nach dem Zweiten Weltkrieg und die daraus entstandene deutsche Verfassung. Es ist schändlich, die Fehlentwicklungen in unserem derzeitigen Regierungssystem nicht beim Namen zu nennen. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates würden sich vermutlich im Grab umdrehen, wenn

sie die Entwicklung unseres Landes sehen könnten. Unser Land ist eine Beute der Parteinetzwerke geworden ohne wirkungsvolle Mitbestimmung der Bevölkerung. Ich schäme mich für unsere schwachen Bundespräsidenten. Weitsicht und Ehrlichkeit sind gefragt!

Der Bundespräsident sollte vom Volk gewählt werden und bei der Wahl unabhängig von Politik sein, damit er keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht.

Menschlich habe ich Respekt und Achtung vor unserem derzeitigen Bundespräsidenten, aber die Ausübung des Amtes darf ich doch kritisch sehen, ohne despektierlich zu wirken. Ich möchte an der Spitze des Staates keinen Präsidenten haben, der als „Frühstücksdirektor“ auftritt und fragwürdige Orden verleiht und damit die Eitelkeit von Menschen bedient, die ihre Anerkennung durch ihre geleistete Arbeit bekommen.

Ich wünsche mir einen Präsidenten, der darauf achtet, dass die Gesetze, die er unterschreibt, so formuliert sind, dass die Bürger, für die die Gesetze gemacht werden, sie ohne juristische Hilfe verstehen können. Ich wünsche mir einen Präsidenten, der nicht nur bei Gedenktagen Kränze niederlegt, sondern die historischen Zusammenhänge benennt und dabei die zweifelhafte Rolle der Parteien nicht zu erwähnen vergisst. Aus meiner Sicht gehört es gemäß seinem Amtseid zu seinen Aufgaben, die hervorragende Arbeit des Parlamentarischen Rates, unsere Verfassung, mit seinen Mitteln in die Tat umsetzen zu lassen.

Er hat die Möglichkeit, sich öffentlich gegenüber den Medien zu äußern, und er kann Unterschriften verweigern.

Am Ende seiner Amtszeit muss er kein „Schmerzensgeld“ auf Dauer empfangen. Die Annahme der Wahl zum Präsidenten ist freiwillig. Mir wurde gesagt, dass der Präsident auch nach dem Ende seiner Amtszeit noch für unser Land arbeitet. Haben Sie schon von unseren Expräsidenten gehört, dass sie für uns arbeiten? Und möchten Sie, dass uns Herr W. und Herr G. neben Herrn Steinmeier mit Beiträgen beglücken?

Nun zu unserem **Parlament**.

Ich bezeichne jeden Abgeordneten als verfassungswidrig agierend und respektlos gegenüber uns Bürgern und der Verfassung. Ich entschuldige mich bei den Abgeordneten, die sich aktiv und öffentlich für die Einhaltung des Grundgesetzes eingesetzt haben, sollte es eine oder einen geben; die bei jeder Entscheidung Weisungen zurückgewiesen haben und auf ihrer Gewissenentscheidung bestanden haben; die gegen Verfassungsbrüche rebelliert haben.

Wir haben jetzt 709 Abgeordnete, wie schon erwähnt, vier mehr als das Europäische Parlament, das rund 340 Millionen Menschen vertreten soll. Die Zahl der Abgeordneten sollte nach der letzten Wahl begrenzt werden.

Bisher wird mit durchsichtigem Geplapper, vor allem von CDU/CSU, versucht, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Der Bundestagspräsident, Herr Dr. Schäuble, hat einen Versuch gestartet, aber

erfolgt ist nichts. Je mehr Parteifreunde ein Mandat erhalten können, umso besser. Beobachten Sie doch bitte mal die Äußerungen von Herrn Dr. Söder. Die winzige CSU hat einen Einfluss in unserem Land, der zu denken geben sollte. Ich erinnere an Glyphosat, vorzeitig abgeschlossene Mautverträge, die Behandlung der Betrügereien der Autoindustrie, alles CSU.

Der chinesische Volkskongress hat 3.000 Delegierte für über eine Milliarde Menschen, der Deutsche Bundestag hat für 80 Millionen Einwohner 709 Abgeordnete und es könnten noch mehr werden. Und wer muss für diesen „Wasserkopf“ die Kosten verdienen?

Das Problem demokratisch einwandfrei zu lösen, erfordert keine zehn Minuten. Maßgebend für die Zahl der Abgeordneten sind die Prozente bei den Zweitstimmen. Wenn eine Partei mehr Erst- als Zweitstimmen erhält, kommen nur die direkt gewählten Kandidaten in der Reihenfolge der erzielten Stimmen bis zur Quote der Zweitstimmen ins Parlament. Wenn die Prozente der Zweitstimmen nicht ausgeschöpft sind, wird mit Listenkandidaten aufgefüllt.

Es fehlt bei den Abgeordneten der CDU/CSU am Willen, sich anständig und respektvoll gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verhalten. Hilfreich für die Abgeordneten wäre es, die Broschüre des Bundestages zu Wahlen, ISSN 0343-8902, zum Thema Zweitstimmen zu lesen.

Kandidaten für Parlamentswahlen beschäftigen sich, um Ihre Stimme, sehr geehrte Leserin und sehr geehrter Leser, zu erhalten, rund sechs Wochen vor der Wahl mit dem Wahlvolk. Sie erzählen dem

Wahlvolk alles Mögliche aus Parteiprogrammen. Jeder von uns, der nicht vergesslich ist, kann reichlich berichten, was nachher daraus geworden ist. Bei mir im Wahlkreis wurde bei einer Wahlveranstaltung beteuert, gegen Fracking zu sein. Und was ist jetzt nach der Wahl? Fracking, eine umweltverseuchende Methode, um fossilen Brennstoff zu fördern, den wir als Bürger vermeiden und für den wir CO₂-Steuer zahlen sollen, wird weiterhin betrieben.

Immerhin stellen die meisten Abgeordneten ihre volle Arbeitskraft in den Dienst ihrer Fraktion. Nur wenige haben Nebentätigkeiten, für die sie natürlich anteilig auf Diäten verzichten, oder irre ich mich da? Es lohnt sich, „Abgeordnetenwatch“ anzusehen.

Was für die Bundespräsidenten gilt, muss natürlich auch für Abgeordnete gelten: eine ordentliche Altersversorgung schon nach einer Legislaturperiode von vier Jahren, die Bürger, die 45 Jahre gearbeitet haben, zum überwiegenden Teil niemals erhalten. Ist es hier angebracht zu fragen, ob die Abgeordneten Anstand haben?

Ich denke schon, dass unsere Volksvertreter, die unglaublich viel mit Lobbyisten, ihren Kollegen aus den Netzwerken und Menschen, die wichtig für den Machterhalt sind, gearbeitet haben, ausreichend während ihrer Tätigkeit im Parlament entlohnt werden. Aber auch sie sollten, wie alle Arbeitnehmenden, während ihrer Tätigkeit Beiträge für ihr Alter in die staatliche Rentenkasse einzahlen. Wenn sie das Renteneintrittsalter erreicht haben, bekommen sie entsprechend ihren Einzahlungen eine begrenzte Altersversorgung. Wenn einem Abgeordneten die staatliche Altersversorgung nicht hoch genug ist, kann er selbst zusätzlich Vorsorge betreiben.

Wir sollten nicht neidisch darauf sein, wo Politiker nach ihrer Zeit im Parlament bleiben: im Vorstand eines Staatsunternehmens, bei Lottogesellschaften, Berater bei Automobilfirmen, Schlachtbetrieben, als Pipelineexperte für Herrn Putin, Redner bei politischen Stiftungen oder in Firmen der Lobbyisten.

Besonders nett finde ich es, wenn ein Abgeordneter wegen niveaulosen Benehmens („Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen“) eine gut dotierte Position bei der Bahn erhält.

Igitt, wie peinlich! Welche Achtung hat die Politik eigentlich vor uns Bürgern? Wie dreist muss eine solche Person sein, um dem Volk Derartiges zuzumuten?

Wissen Sie, sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, wie lange es gedauert hat, bis die Bundesrepublik das Abkommen der UN gegen Korruption ratifiziert hat? Fünf Jahre hat es gedauert, bis bei uns Bestechlichkeit mit angemessener Strafe belegt wurde. Unterzeichnet hat Deutschland das Abkommen bis heute nicht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes oder sogar ihrer Altersbezüge rechnen, wenn sie mehr als eine Bagatellaufmerksamkeit annehmen. Der Sumpf von indirekter Bestechung oder Begünstigung in der Politik ist einfach nicht zu ertragen. Aber andere Länder ermahnen oder auch loben! Was glauben Sie, sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, wie gut ein Redner sein muss, der für einen einstündigen Vortrag hohe fünfstellige Beträge als Vergütung erhält? Wer gibt jemandem so viel Honorar, wenn dafür nicht eine Gegenleistung erfolgt ist oder noch erfolgen soll?

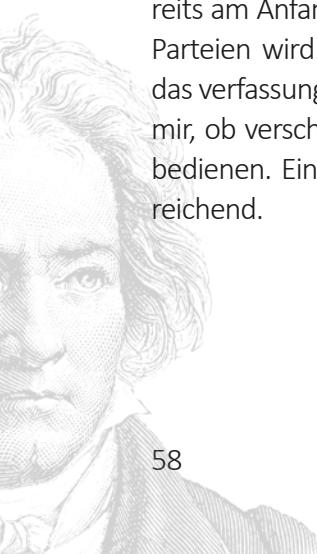
Ich nenne das „Dank für vormals geleistete Arbeit“, vielleicht könnte es auch Begünstigung oder indirekte Bestechung genannt werden. Ob es nun ein Verstoß gegen einen Kabinettsbeschluss gegen Glyphosat ist oder ein verfrühter Abschluss eines Mautvertrags – denken Sie an Bestechung, Korruption, Begünstigung oder woran denken Sie? Wie gesagt, 80 Prozent haben studiert, können lesen und schreiben ...

Gewaltenteilung

Gewaltenteilung, das heißt eine saubere Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative, haben schon die Mitglieder diverser Parteien angemahnt. Schon vor den „Grünen“ haben Mitglieder der FDP die Trennung von Amt und Mandat gefordert. Wie ist die Lage in unserem Land? Kabinettsmitglieder sind gleichzeitig Abgeordnete und bestimmen im Parlament mit über Gesetze. Das heißt: Die Exekutive ist gleichzeitig Legislative. Ist das die Trennung der Gewalten? Ich weiß, es gibt 1.000 Ausreden, am meisten überzeugt mich die Entlohnung.

Stiftungswesen

Über das Stiftungswesen der politischen Parteien haben Sie bereits am Anfang dieses Buches gelesen. Das Stiftungsunwesen der Parteien wird sich erledigen, wenn der Einfluss der Parteien auf das verfassungsmäßige Maß beschränkt wird. Es liegt an Ihnen und mir, ob verschiedene Geldquellen zum Teil zweifelhafte Ausgaben bedienen. Eine politische Stiftung für alle Bürger wäre völlig ausreichend.



EU-Parlament und Kommission

Die Organisation der Europäischen Union (EU) ist nicht Gegenstand meines Buches, aber eine Notiz sollte schon erfolgen, weil unsere Demokratie ganz wesentlich durch die EU bestimmt wird.

Vielleicht so viel: Das EU-Parlament setzt sich – ich kann es nicht oft genug wiederholen – aus 705 Abgeordneten aller zur EU gehörenden Länder zusammen.

Die demokratische Vorgehensweise in der EU haben Sie bei der Inthronisation von Frau von der Leyen erlebt, und zum Verhalten der Abgeordneten und deren Einkünften wurde bereits detailliert in Medien berichtet. Hat sich irgendetwas nachhaltig verbessert? Auch hier fehlt wirkungsvolle Kontrolle!

Die Entscheidungen des EU-Parlaments haben erhebliche Auswirkungen auf unser Land. Einiges zum Nachdenken: Ein hoch bezahltes EU-Parlament befasst sich unter anderem mit Umweltschutz. Als ein Ergebnis des EU-Parlaments kommt heraus: die Abschaffung von Kunststoffstrohhalm und „Q-Tipps“. Kunststoffstrohhalm und „Q-Tipps“ könnten über die Kunststoffentsorgung der gelben Säcke ins Meer gelangen. Müssen wir diese Parlamentarier ernst nehmen? Wenn Sie, sehr geehrte Leserin, und Sie, sehr geehrter Leser, sich die Ohren mit „Q-Tipps“ gereinigt haben, werfen Sie den „Q-Tipp“ dann in den gelben Sack? Und wo werfen Sie Strohhalme nach Gebrauch hin? In den Restmüll oder in den gelben Sack?

Mit einem solchen Randthema verbringen Menschen, die ernst genommen werden wollen, ihre Zeit? Sollte es Menschen geben,

die „Q-Tipps“ und Strohhalme in den gelben Sack, also in den Kunststoffabfall, werfen, wie viel Volumen vom Gesamtaufkommen an Plastikmüll könnte das sein?

In Deutschland gibt es ein Abfallexportverbot. Unterlaufen wird es, indem Abfall zu Wertstoff umbenannt wird, und schon ist „Abfall“-Export möglich. Unser Sprachgebrauch ist falsch. Nicht Plastikmüll landet im Meer oder in armen Ländern, weil das billiger ist, als ihn der Wiederverwendung zuzuführen oder ihn zu entsorgen, nein, Wertstoff liegt an den Stränden.

Die Entsorgung über den gelben Sack ist ein Husarenstück. Wenn Sie recherchieren, wem Entsorgungsfirmen gehören und wer davon profitiert, werden Sie überrascht sein. Und wer zahlt für diese überwiegend unsinnige Maßnahme? Natürlich Sie als Verbraucherin oder Verbraucher, wer sonst. In Preiskalkulationen fließen alle Gestehungskosten ein, auch die Verpackungskosten. Und wer verdient an der Entsorgung? Sie? Als Ziele der getrennten Abfallsammlung wurden uns Vermeidung und Wiederverwertung genannt.

Die separate Abfall- oder Wertstoffsammlung hat zur Konsequenz, dass Unmengen unsortierter Plastikabfälle konzentriert gelagert werden und ins Meer gelangen, Tiere töten und eine unserer Nahrungsquellen zerstören oder in armen Ländern den Boden und das Wasser verschmutzen; das ist unser Abfall/Wertstoff.

Darüber hinaus wird der Plastikabfall dem Restmüll entzogen und das beutet, dass die Nassfraktion im Restmüll so groß ist, dass mit

fossilen Brennstoffen wie Erdöl und/oder Erdgas die Verbrennung angeregt werden muss – Erdöl und Erdgas, das aus Klimaschutzgründen nicht mehr verbrannt werden soll.

Als der Grüne Punkt in den 1980er-Jahren eingeführt wurde, war ich in Bonn im Ausschuss für Umwelt meiner Partei, und Abfallentsorgung war ein Gebiet, mit dem ich mich zu beschäftigen hatte. Schon damals war klar, dass pilzbefallene Joghurtbecher, Wurst- und Käseverpackungen immens stinken würden und deren Sortierung für Menschen nicht zumutbar wäre. Maschinen, die den Barcode auf jedem Müllstück würden erkennen können, waren schwer vorstellbar.

Das zum Sinn und Verstand von Parlamentsentscheidungen. Ist das Netzwerkpolitik, Lobbyarbeit, Korruption, Begünstigung oder Vorteilnahme?

Wer als Verbraucher der Umwelt helfen will, vermeidet, so weit er kann, Plastikverpackungen. Da das nahezu nicht möglich ist, sollte jeder selbst entscheiden, wohin er seinen Abfall entsorgt: indirekt ins Meer oder in arme Länder oder in den Restmüll, der der thermischen Verwertung (Verbrennung) zugeführt wird und fossile Brennstoffe bei der Müllverbrennung sparen hilft.

Mit Abwasser werde ich mich beispielhaft unter „Exekutive“ befassen.

Ich bin bekennender Europäer. Es ist toll, vom Nordkap bis Gibraltar ohne Grenzkontrollen fahren zu können. Ich finde es toll, dass

sich die Menschen unterschiedlicher Länder nicht mehr feindselig begegnen. Ich finde es toll, in Europa fast überall mit der gleichen Währung bezahlen zu können, aber die Grundlagen für diese Gemeinschaft sollten schon einheitlich sein. Das Grundsätzliche sollte echte Demokratie sein, freie und verantwortungsvolle Meinungsäußerung, Gewaltenteilung, bei der nicht eine Person oder Gruppe entscheiden kann, wer die andere kontrollierende Instanz ist.

Wir Deutschen profitieren stark von der EU, aber wir leisten auch viel. Können wir als Bürgerinnen und Bürger nicht erwarten, dass die EU endlich die Grundwerte überall in der Gemeinschaft anwendet? Deutschland könnte ankündigen, die Mitgliedschaft ruhen zu lassen, bis wir eine einheitliche demokratische Grundlage für alle Menschen in Europa erreicht haben. Ich vermute, dass dann sehr schnell Bewegung entstehen würde, der Brexit hat es gezeigt.

Exekutive

Die Exekutive, die ausführenden Organe des Staates, soll das ausführen, was die Legislative (Parlamentarier) entschieden hat. Die Exekutive soll nicht selbst Legislative sein, sie soll im Einzelfall Ermessensspielräume verantwortungsvoll anwenden. Das ist für die Exekutive nicht immer einfach, weil bei uns Gesetze und Verordnungen am Fließband produziert werden, vom Bundestag und den 16 Landesparlamenten. Aber dennoch, die Exekutive hat den Willen der Parlamente umzusetzen. Tut sie es nicht, unterläuft sie unsere demokratische Ordnung. Was Recht oder Unrecht ist, darf die Exekutive nur anhand parlamentarischer Beschlüsse entscheiden und nicht nach Gutdünken. Leider handelt die Exekutive auch gegen Parlamentsentscheidungen. Ob dies aus Kapazitätsgründen

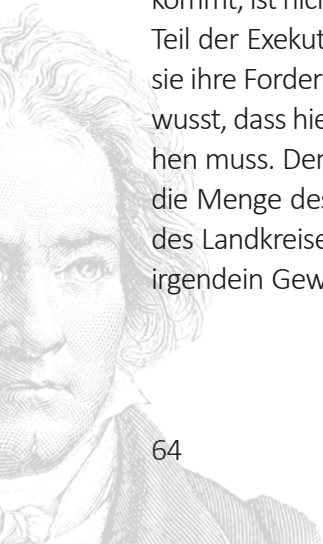
oder aus falschem Selbstverständnis so ist, vermag ich nicht zu sagen. Aber urteilen Sie selbst anhand zweier Beispiele.

Wenn Sie nicht zufällig im Landkreis Harburg in Niedersachsen wohnen, werden Sie die beiden folgenden Beispiele nicht wirklich interessieren, aber ich denke, die Vorfälle könnten sich überall in unserem Land in ähnlicher Form ereignen.

Nehmen wir zuerst die EU-Verordnung EN 12566-1 für werkmäßig hergestellte Faulgruben (im Volksmund Drei-Kammer-Kläranlagen). Es lohnt sich, den Text zu lesen. Sie haben lange nicht so gelacht oder geweint. Dabei ist zu überlegen, ob die Formulierung von einem Abgeordneten stammt oder ob da nicht die Lobby die Hand des Schreibers geführt hat. Entscheidungen der Parlamente sollen das Leben der Bürger regeln, Bürger sollten die Entscheidungen der Parlamente verstehen können. Ich habe Zweifel, ob es in Ordnung ist, als Bürger unverhältnismäßig viel Lebenszeit einsetzen zu müssen, um jede einzelne von unendlich vielen Entscheidungen verstehen zu können. Ich meine, Entscheidungen der Parlamentarier, die uns Bürger direkt betreffen, sollten in kurzer Zeit zu verstehen sein.

Eine Absicht der Verordnung EN 12566-1 könnte es sein, Gewässer zu schützen, prima! Ob Wasser durch einen Einleiter gefährdet ist, soll laut der deutschen Umsetzung im Einzelfall geprüft werden. Die hydrologischen Umstände sind so ein Prüfungsgegenstand. Warum ist das so? Weil kluge Parlamentarier erkannt haben, dass sie nicht jeden Einzelfall mit einer einzigen Entscheidung regeln können.

Aufgabe der Exekutive ist es also, Einzelfallprüfungen vorzunehmen, ein demokratischer Vorgang. Wir wohnen in einer „Enklave“, in der es rund 20 Häuser gibt, die nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind. Der Landkreis Harburg im Land Niedersachsen hat die Anwohner ohne Prüfung des Einzelfalls mit einem zweiseitigen Schreiben nebst einer 31 Seiten langen Anlage und Verweisen auf Hunderte weiterer Seiten aufgefordert, die Klärgruben auf biologische Kläranlagen umrüsten zu lassen. Eine hydrologische Prüfung würde ergeben, dass es bei uns keine Seen und keine fließenden Gewässer, die verschmutzt werden könnten, gibt. Der Grundwasserspiegel liegt, da wir auf einem etwa 65 Meter hohen Hügel wohnen, in rund 36 Meter Tiefe. Auf die direkt angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen wird zur Düngung ungeklärte Gülle, in der Medikamentenrückstände wie Antibiotika enthalten sind, ausgebracht, von den Pestiziden will ich gar nicht sprechen. Während die Exkremate der Bürger Abwasser genannt werden, werden Tierexkremate (Gülle) mit dem Begriff „Düngemittel“ bezeichnet. Die Kosten der Nachrüstung der Kläranlagen für die 20 Anwohnenden betragen rund 150.000 Euro. Kommentar einer Nachrüstungsfirma: „Dem Einzigen, dem diese Maßnahme hilft, ist uns.“ Das heißt, das, was nach der Umrüstung aus der dritten Klärstufe herauskommt, ist nicht umweltfreundlicher als vorher. Die Verwaltung, als Teil der Exekutive, kannte nicht einmal den Bebauungsplan, bevor sie ihre Forderung nach Umrüstung verschickte. Dann hätte sie gewusst, dass hier pro 200 Quadratmeter ein großkroniger Baum stehen muss. Den Wasserverbrauch eines großkronigen Baumes und die Menge des entstehenden Abwassers kannte die Mitarbeiterin des Landkreises nicht, dann hätte sie erkannt, dass kein Abwasser irgendein Gewässer erreichen kann. Dennoch meinte sie, den An-



wohnern schriftlich mitteilen zu müssen, sie seien weltfremd, wenn sie glaubten, die Abwässer der Anwohner würden nicht in Fließgewässer (Grundwasser) gelangen. Es wurde keine Einzelfallprüfung vorgenommen, sondern wir wurden auf den Rechtsweg verwiesen.

Was heißt das? Die Entscheidung der Vertretung des Souveräns, des Parlaments, der Legislative, eine Einzelfallprüfung vorzunehmen, wurde missachtet. Die Anwohner haben auf den Rechtsweg verzichtet, weil die Kosten für mehrere Instanzen immens gewesen wären. Das ist Demokratie, wie wir Bürger sie lieben, die Exekutive verstößt gegen demokratische Rechte der Bürger, und der Bürger kann sein Recht aus wirtschaftlichen Gründen nicht einfordern. Und was machen die Parlamentarier? Prüfen sie, ob ihre Entscheidungen auch in ihrem Sinne von der Exekutive umgesetzt werden?

Der Bürger kann in der Demokratie erwarten, dass Beschlüsse der Parlamente wenigstens formal umgesetzt werden. Nicht einmal das ist bei uns im Landkreis der Fall. Worin unterscheiden wir uns in der deutschen Demokratie in einem solchen Fall von autoritären Systemen? Diktatur vom Verwaltungstisch, wie lange wollen Sie und ich uns derartige Verfassungsverstöße gefallen lassen?

Wir müssen Geld ausgeben, das uns für die Gestaltung unserer Freiheit fehlt, weil die Verwaltung willkürlich handelt.

Ich frage mich manchmal, warum sich die Exekutive (zumindest im Landkreis Harburg in Niedersachsen) undemokratisch verhält und Parlamentsentscheidungen unterläuft. Ist der Grund mangelndes Demokratieverständnis, schlechte Ausbildung, Anweisung der

Vorgesetzten, fehlende Kontrolle, Arbeitsüberlastung, Arroganz, fehlende Konfliktbereitschaft oder was?

Wir hätten eine Petition einreichen oder demonstrieren oder eine Bürgerinitiative starten können, aber wir wollen, dass die Exekutive die Entscheidungen der Legislative ausführt, ohne Widerstand leisten zu müssen.

Und zu der Verordnung selbst: Was macht diese technische Verordnung für einen Sinn? Hilft sie der Umwelt oder einer Lobby? Wenn sich das Abwasser durch die biologische Klärung nur marginal oder gar nicht verbessert und nebenan auf Ackerflächen großflächig Gülle mit Nitraten, Medikamentenrückständen, Fungiziden und Pestiziden in den Boden und ins Grundwasser eingeleitet wird, wo ist dann der Sinn dieser ungerechten Regelung? Und warum darf die Frackingindustrie hochgiftige Chemiecocktails durch kurzlebige Betonröhren mit Kapillarwirkung in den Boden pressen? Wem nützt es: der Umwelt, uns Bürgern? Politiker, die so etwas entscheiden, treffen also Gewissensentscheidungen? Fest steht: Die Bürger haben keine Lobby, die Landwirte haben eine starke Lobby und die Mineralöl- und Gasindustrie auch.

Wollen Sie, sehr geehrte Leserin, und Sie, sehr geehrter Leser, dass unsere Umwelt zerstört wird? Und wer zahlt immer die Zeche, wenn es schiefgeht? Die Tausende von Jahren dauernde Bewachung von Atommüll, wer bezahlt das? Der Bürger. Und wer hat den Gewinn eingesteckt? Sie wollen das so? Na gut, leben Sie so weiter. Arbeiten Sie ordentlich, zahlen Sie mehr Steuern als erforderlich, Steuern, damit die Schlamperei in unserer vermeintlichen

Demokratie so weitergehen kann. Ich sage nur: Gewissensentscheidung und Tricksen mit Wortspielen der Volksvertreter, die Sie und ich nicht aufgestellt haben, zum Erbrechen!

Eine bittere Glosse am Rande: Wir haben Freunde, die zum Spargelkauf von Hamburg nach Bardowick (Niedersachsen) fahren. Sie hatten geglaubt, schadstofffreien Spargel zu erwerben. Nach einigen Jahren wurden sie vom Landwirt eingeladen. Als sie aus dem Fenster sahen, bemerkten sie ein Beet mit Spargel im privaten Garten des Landwirtes. Den Spargel vom eigenen Feld wollte er selbst nicht essen. Ich frage Sie, warum?

Eine zweite Parlamentsentscheidung.

Der niedersächsische Landtag hat eine Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen (Pflanzenabfallverordnung PflAbfVO) beschlossen. Darin wird die Verbrennung von vegetabilen Abfällen, also zum Beispiel Geäst, thematisiert. Da der Landtag erkannt hat, dass er nicht jeden Einzelfall regeln kann, hat er Einzelfallentscheidungen der Exekutive übertragen.

In Seevetal und im Landkreis Harburg in Niedersachsen funktioniert das wie folgt: Auf der Homepage der Gemeinde Seevetal steht zu lesen: „Das Verbrennen pflanzlicher Abfälle ist **in der Regel** nicht zulässig. 1. Zulassung im Einzelfall.“ So hat es das niedersächsische Parlament gewollt, auf Antrag bei der zuständigen Stelle. Ansprechpartnerin in Seevetal war Frau A., inzwischen ist das geändert worden. Bei einem Besuch bei Frau A. wurde die Frage nach einer

Genehmigung so kommentiert: „Wir geben **grundsätzlich** keine Genehmigung.“ Das entspricht nicht dem Willen des Parlaments. Ein schriftlicher Antrag über eine Anwältin wurde mit dem Hinweis erledigt, dass Seevetal nicht zuständig sei, obwohl es auf der Homepage der Gemeinde stand. Der Antrag wurde an den Landkreis weitergereicht.

Worum geht es? Das niedersächsische Parlament will – und das ist seine Aufgabe – Maßnahmen zum Schutz der Umwelt erlassen. Dazu gehören Entscheidungen wie die Verminderung der Belastung von Luft, Wasser und Boden. Der Eintrag von mit Pestiziden und Medikamentenrückständen belasteter Gülle in Boden und Wasser, das Verpressen von Chemikalien aus durch Fracking gefördertem Öl/Gas ins Erdreich und natürlich auch die Verringerung der Luftbelastung durch CO₂ und Feinstaub durch die thermische Entsorgung vegetabiler Abfälle gehören sinnvoll geregelt. Früher war das Verbrennen vegetabiler Abfälle an einigen Tagen im Jahr am Ort des Anfalls erlaubt, unter anderem bei Osterfeuern. Das ist jetzt wie folgt geregelt: Die Abfälle können geschreddert, also verkleinert, werden. Durch Verkleinerung ändert sich das Volumen, aber die vegetabilen Abfälle sind immer noch vorhanden. Schredder müssen gebaut werden, das heißt, es werden Ressourcen zum Bau der Schredder eingesetzt. Schredder benötigen Energie, Strom oder Benzin. Schredder müssen an den Ort des Einsatzes gefahren werden, das verbraucht Energie und belastet Straßen und Umwelt mit CO₂ und Feinstaub. Wie soll Schreddern zur Umweltentlastung beitragen? Welche Belastung ist höher: Verbrennung oder der angebotene Entsorgungsweg? Dann können sie extra produzierte Entsorgungssäcke gegen Entgelt kaufen, Geäst verkleinern und zur

Abholung an die Straße stellen. Dann werden Fahrzeuge gebraucht, die beim Bau Ressourcen verbrauchen, durch Mitarbeiter entstehen Gehaltskosten usw., um die vegetabilen Abfälle dann in der Bioanlage weiterzuverarbeiten. Es ist also Umweltbelastung entstanden, ohne die Abfallbeseitigung erreicht zu haben. Bei einem Anfall von 10 bis 20 Raummetern pro Jahr eine Aufgabe, für die sich eine Einzelfallprüfung anbieten würde. Aber was für Entscheidungen am Verwaltungstisch weit entfernt von der Realität können wir, die Bürger, von der Exekutive erwarten? Ich finde, dass wenigstens die Entscheidungen der Parlamente dem Geiste nach umgesetzt werden sollten, oder wie verstehen Sie Demokratie?

Nach dem Sinn, dass vegetabile Rückstände in Niedersachsen im Normalfall an einigen Tagen im Jahr nicht mehr verbrannt werden dürfen, darf ich doch fragen, oder? Niedersachsen verbietet es, Hamburg erlaubt Osterfeuer usw. Niedersachsen rettet die Umwelt, Hamburg nicht? Niedersachsen ist im Weltmaßstab ein Riese, sozusagen der Nabel der Welt! Es brennen monatelang Wälder auf riesigen Flächen in Sibirien, Alaska, Kanada, Kalifornien, am Amazonas, in Indonesien, in Australien, Erdgas wird in Mengen abgefackelt, aber in Niedersachsen wird der Abfalllobby geholfen. Oder verstehe ich etwas falsch?

Der Verwaltung stünde es gut an, sich mit der Vielfalt der Probleme der Bürger auseinanderzusetzen und sich durch Gespräche mit den Bürgern die speziellen Bedürfnisse erklären zu lassen.

Zwei Beispiele anstelle unendlich vieler. Ohne Problem könnte ein Buch mit derartigen Beispielen gefüllt werden, und sicher

könnten Sie dazu beitragen. Gut, Sie interessieren diese Beispiele nicht wirklich, Sie sind mit Ihrem WC an die öffentliche Kanalisation angeschlossen und haben keine vegetabilen Abfälle zu entsorgen, aber kennen Sie nicht auch viele Beispiele, wo Sie die Exekutive auflaufen lässt, anstatt den Willen der Legislative auszuführen, und Ihnen in selbstherrlicher Weise den Weg zum Gericht aufzeigt? Ist das unsere Demokratie, wie wir sie wollen? Dass die Exekutive der Legislative auf der Nase herumtanzt und damit uns Bürgern? Wir werden von der Verwaltung gegängelt und unserer freiheitlichen Rechte beraubt. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?

Noch mal: Ich nenne diese Beispiele, um mit Ihnen den Erfolg unserer Demokratie zu kontrollieren und gegebenenfalls auf friedliche Weise unser Land zukunftssicherer zu machen.

Parteien in Deutschland nach Artikel 21 des Grundgesetzes:

Steht dort, dass Deutschland von Parteien beherrscht werden soll? Nein, werden wir aber, wobei das einzelne einfache Parteimitglied ohne Funktion nichts, aber auch gar nichts im Bund bewirkt. Anträge und Parteitagsbeschlüsse dienen der Beschäftigung der Parteimitglieder. Das ist von der Verfassung auch so gewollt, denn die Abgeordneten sind nicht weisungsgebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich. Das heißt, Parteiversammlungen sind „Kaffeekränzchen“ zum Gedankenaustausch darüber, was in unserem Land gemacht werden könnte, Vereinsmeierei, mehr aber auch nicht.

In Deutschland waren im Jahr 2018 etwa 1,2 Millionen Menschen in Parteien organisiert, das sind rund 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese 1,5 Prozent wählen Delegierte, die die Kandida-

ten und Kandidatinnen für den Bundestag wählen. Das sind etwa 0,015 Prozent der Bevölkerung. Nur wer Mitglied in einer Partei ist, kann, und auch nur in einer Partei, Einfluss auf die Kandidatenlisten für die Parlamente nehmen. Aber es kommt noch krasser: Nur knapp 900.000 Menschen sind Mitglied in CDU, CSU und SPD, die die Regierung stellen, das ist rund 1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Delegierten dieser Parteien, die die Kandidatenliste für unseren Bundestag wählen, entsprechen ca. 0,01 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Ist das gemeint, wenn im Artikel 21 steht, die Parteien wirken mit bei der politischen Willensbildung?

Das Einzige, was Sie als Bürger oder Bürgerin und Wähler bzw. Wählerin dürfen, ist, zu entscheiden, ob Sie mit der Vorauswahl zufrieden sind oder nicht. Demokratisch! Unmittelbar! Dem Geist der Verfassung entsprechend? Was glauben Sie, wie Delegiertenversammlungen bei Wahlen ablaufen? Glauben Sie, eine Person stellt sich vor die Delegierten und will auf die Liste zum Bundestag gewählt werden, weil sie überzeugend ist, natürliche Autorität ausstrahlt und/oder sie sich durch irgendein Wissen auszeichnet oder weil sie uneigennützig Ziele verfolgt? In jeder Partei gibt es Grüppchen, Interessen und Netzwerke. Nur wer eine Mehrheit hinter sich bringt, hat eine Chance, gewählt zu werden. Da wird im Vorfeld telefoniert, verabredet, Absprachen werden kontrolliert. Es läuft etwa ab wie auf einem Basar, vor dem Kauf wird gehandelt. Absprachen von Netzwerken bestimmen die Listen für unsere Parlamente. Mit Qualität und Eignung hat das kaum etwas zu tun. War das von unseren Verfassungsvätern und -müttern so gewollt?

Ist das unter Mitwirkung zu verstehen? Und Sie, sehr geehrte Leserin und sehr geehrter Leser, nehmen diese Zustände so hin? Wie müssen wir gestrikt sein, wenn wir so mit unseren Interessen umgehen? Eine Erfolgskontrolle unserer Verfassung mahne ich an.

Sie, als Bürger oder Bürgerin, haben nichts zu bestimmen, gar nichts! Dann wählen etwa zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung die Zusammensetzung des Bundestags. Das andere Drittel wählt nicht. Mit knapp der Hälfte der Stimmen von den zwei Dritteln, also oft weniger als 50 Prozent der Wählenden, wird eine Regierung gebildet, das heißt, die Regierung stützt sich auf die Stimmen einer Minderheit von einem Drittel des Volkes und bestimmt zu 100 Prozent über alles. Ist das unsere repräsentative parlamentarische Demokratie? War das so vom Parlamentarischen Rat gewollt? Wenn nicht oder wenn wir es für falsch halten, sollten wir es ändern! Glauben Sie, die Parteien ändern das System der Selbstbedienung selbst? Glauben Sie, irgendjemand verlässt freiwillig den „Futtertrog“? Erfolgskontrolle der Demokratieverhandlung mahne ich an, und Kontrolleur kann nicht der zu Kontrollierende sein! Kein Schaf schert sich selbst. Das muss der Schäfer machen, und das sind Sie und ich!

Wenn Sie und ich nicht aktiv werden, haben wir eine Mitschuld, wenn es schiefgeht! Das gilt es aus der Geschichte zu lernen, nicht Geschichtszahlen oder Einzelereignisse.

Aber nun: meine Erfahrung, wie Parteien funktionieren.

Stellen Sie sich vor, Sie folgen der Empfehlung von Herrn Thomas de Maizière und treten in irgendeine Partei ein. Sie treten vielleicht ein, weil Sie einen Beitrag zur Erhaltung unserer freiheitlichen Grundordnung leisten wollen. Vielleicht haben Sie gedacht, der Staat, also die Gemeinschaft, hat Ihnen Gutes getan und Sie wollen etwas zurückgeben. Bei mir war das so. Wenn Sie bestimmte Vorstellungen haben, was Sie beeinflussen möchten, werden Sie sich überlegen, wie Sie das anstellen.

Sehr schnell merken Sie in Ihrem Orts- oder Kreisverband, dass nicht alle aus idealistischen Gründen in einer Partei sind. Jeder hat sein Motiv. Manchmal ist das Motiv, tatsächlich die Freiheit des Einzelnen erhalten zu wollen, aber meistens sind es andere Motive. Der eine möchte Gemeinschaft mit Gleichgesinnten, der andere möchte auf Reisen durch die parteipolitische Stiftung mitgenommen werden oder er möchte kostenlose Fortbildung durch die Stiftungen nutzen. Manche freuen sich, wenn sie zu Veranstaltungen mit sogenannter Prominenz eingeladen werden und ein Foto von sich mit Prominenten erhalten. Andere wiederum möchten die politische Verbindung zum Aufstieg in der Verwaltung nutzen oder zur Durchsetzung eines Bebauungsplans auf dem eigenen Grundstück, vielleicht möchte ein Parteimitglied auch nur Hausmeister in einer Schule werden oder Senator mit anschließender ordentlicher Altersversorgung (hätte mir auch gefallen). Sie merken dann sehr schnell: Als einzelnes Mitglied bewirken Sie gar nichts. Sie brauchen eine Mehrheit für das, was Sie erreichen wollen. Was bietet sich an? Sie knüpfen Kontakte, profilieren sich, laden selbst ein und kandidieren nach einiger Zeit, um Mitglied im Vorstand und Vorsitzender zu werden. Erst in der untersten Gliederung, dann in der

nächsthöheren, bis sie in der oberen Hierarchieebene der Partei angekommen sind.

Wenn Sie das mit sehr viel Einsatz von Zeit und Geld geschafft haben, sind Ihre idealistischen Vorstellungen von der uneigennützigem Weiterentwicklung unserer Demokratie noch lange nicht erreicht. Alle zwei Jahre müssen Sie Ihre Funktionen behaupten. Bei jeder Wahl benötigen Sie mehr als 50 Prozent der Stimmen der wahlberechtigten Mitglieder Ihrer Gliederung. Sie müssen also immer mehr als 50 Prozent der Mitglieder für sich und Ihre Überzeugungen einnehmen; das ist gar nicht so einfach. Gut, dann besuchen Sie, wenn noch nicht vorher geschehen, Rhetorikkurse, um sich diplomatisch ausdrücken zu können. Sie verändern sich und werden „geschmeidiger“. Das müssen Sie machen, sonst passieren Ihnen unbedachte Fehler, und Sie werden nicht wiedergewählt. Dann war alle Mühe vergebens.

Also, Sie machen keine Fehler und arbeiten erfolgreich in Ihrer Parteigliederung, machen Wahlkampf, gehen in kommunalpolitische Vertretungen, sammeln Erfahrung in politischen und Gemeindevertretungen und tun – tatsächlich – den Bürgern Gutes. Sie helfen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zum Beispiel bei Straßenausbauten nach dem Bau der Kanalisation, Sie helfen wirtschaftliche Belastungen für Bürgerinnen und Bürger klein zu halten, Sie helfen den ansässigen Betrieben, eine Erweiterungsfläche für ihren Betrieb zu finden, usw.

Durch gute, uneigennützigem Ehrenarbeit und Marketing vor Ort erhöht sich das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl in Ihrem

Gebiet von knapp 6 auf rund 20 Prozent. Der Landesverband freut sich – teilweise, weil die Partei nun einen Abgeordneten mehr in den Bundestag entsendet. Nützt Ihnen das etwas, um Ihren idealistischen Zielen näher zu kommen? Nein, natürlich nicht! In der Partei bemerken das keineswegs alle und wenn, kommen menschliche Regungen zum Vorschein: Neid, Missgunst und Angst, die eigenen Ziele könnten durch den Erfolg anderer Parteimitglieder gefährdet werden, usw.

Gut, Sie schaffen es nach etlichen Jahren, Sie werden Delegierter zum Landesausschuss und weiteren Gremien im Landesverband, Sie werden sogar Mitglied im Landesvorstand und Bundesparteitagsdelegierter. Was passiert dann mit Ihren Plänen?

Sie formulieren, was Ihnen wichtig ist, formulieren einen Antrag für den Landesausschuss. Sie recherchieren gut, Sie diskutieren und verabschieden den Antrag in Ihrer Parteigliederung. Sie stellen Ihren Antrag in Fachausschüssen vor und bringen ihn in den Landesausschuss zur Entscheidung ein.

Was passiert dann? Der Landesvorstand organisiert einen Parteitag. In aller Regel ist die Zeit beim Parteitag kürzer als nötig, um alle Anträge ausführlich zu beraten und zu verabschieden oder abzulehnen. Die „weise“ Parteitagsregie wird Ihren Antrag so platzieren, wie es genehm ist. Wenn ein Antrag nicht gewollt ist, kann die Beerdigung erster Klasse erfolgen. Das heißt, Ihr Antrag wird in Ausschüsse überwiesen zur weiteren Diskussion oder vertagt auf einen der nächsten Parteitage und Ihre Zeit, etwas zu erreichen, läuft. Inzwischen sind Sie schon – neben Ihrem Broterwerb – viele

Jahre mit Parteiarbeit ausgelastet, was im Übrigen Auswirkungen auf die Familie hat.

Nun gut, Sie haben sich gut vorbereitet, sauber gearbeitet, Mehrheiten im Vorfeld zusammentelefoniert und den Antrag in Ihrem Bundesland durchbekommen. Damit entspricht Ihr Antrag dem Willen eines ganzen Landesverbands.

Da Sie inzwischen auch Delegierter zum Parteitag sind und über parteipolitische Ausschüsse auf Bundesebene Kontakte geknüpft haben, können Sie für Ihren Antrag Werbung machen. Auch beim Parteitag gibt es eine Parteiregie mit klaren Vorstellungen des Bundesvorstands. Natürlich gibt es auch auf Bundesebene Ausschüsse, in die Anträge verwiesen werden können; auch dort können Anträge aus Zeitgründen vertagt werden oder der Bundesvorstand kann, wenn es nötig sein sollte, gegen Ihren Antrag sprechen.

Wenn Sie gut gearbeitet und gute Absprachen getroffen haben und bei der Führungsebene bekannt und wohlgekommen sind, wird Ihr Antrag beschlossen und vielleicht sogar ins Wahlprogramm der Partei aufgenommen. Nun sind im günstigsten Fall sechs bis acht Jahre vergangen und noch hat sich nichts durch Ihre Bemühungen in unserem Land geändert.

Es kommt die Wahl zum Deutschen Bundestag, Ihre Partei schafft es ins Parlament und wird tatsächlich an der Regierung beteiligt.

Wenn nicht, ist Ihr Antrag gut für den Papierkorb. Viele Jahre Arbeit waren vergebens, weil die Opposition nahezu keine Politik

gestalten kann. Das ist gemeint, wenn Sie als Bürgerin oder Bürger hören, in der Politik müssen dicke Bretter gebohrt werden. Aber Sie glauben ja, Sie hatten Glück. Alles ist mit viel Mühe so gelaufen, wie Sie es sich erhofft hatten. Ihre Parteifreunde, die Sie inzwischen durch diverse Treffen auch kennengelernt haben, wurden Minister und sogar Vizekanzler. Na, dann muss es ja klappen mit der Umsetzung Ihres von Ihrem Landesverband eingebrachten Antrags – Ihres Anliegens. Weit gefehlt! Es gibt Koalitionsverhandlungen und nur wenn der Punkt in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird, ist er immerhin Thema für die Koalition. Sie haben Glück, Ihr Anliegen fällt nicht hinten runter. Und was bemerken Sie? Ihr Anliegen wird nicht umgesetzt. Warum nicht? Sie schreiben Ihren Parteifreund an und fragen: Warum nicht? Und da er Sie kennt, antwortet er sogar. Es tue ihm leid, aber der Parteitagsbeschluss entspreche nicht seinem Gewissen, und er verweist auf die Verfassung. Es ist sein Recht, sich auf sein Gewissen zu berufen und die Forderung, den Parteitagsbeschluss umzusetzen, abzulehnen.

Das ist in der Verfassung in Artikel 38 auch so geregelt. Aber was bedeutet das? Herr de Maizière hat doch empfohlen, zur Erreichung politischer Ziele in eine Partei einzutreten.

Parteiarbeit ist ein riesiger Aufwand ohne realistische Aussicht auf Erfolg, weil die Verfassung aus gutem Grund sagt, Mandatsträger seien nur ihrem Gewissen unterworfen und an Weisungen nicht gebunden.

Die Bundes-CDU hat auf Beschlüsse der CDU hingewiesen und nach der Landtagswahl in Thüringen 2020 mit Erfolg die Gewissen-

sentscheidung von CDU-Mandatsträgern in Thüringen zunichte gemacht. Das entspricht ausdrücklich nicht der Verfassung!

Wenn Sie, bei der jetzigen Struktur in diesem Land, etwas bewegen wollen, sollten Sie Bundesvorsitzende/-r der größten in der Regierung vertretenen Partei werden. Dann werden Sie vielleicht Kanzlerin oder Kanzler, und dann könnten Sie vielleicht, sofern Sie die Wirtschaft oder Ihr Netzwerk nicht unter Druck setzt, etwas bewegen. Minister im Bundeskabinett, vielleicht Landwirtschafts- oder Verkehrsminister, zu werden wäre für persönliche Ziele auch nicht verkehrt. Auch „Landesfürst“ in einem Bundesland zu sein führt zu Einfluss.

Die Arbeit der Parteien in unserer Demokratie geht weit über das hinaus, was in der Verfassung mit Mitwirkung gemeint ist. Die Bürgerinnen und Bürger werden fast völlig ausgeschaltet, ihnen werden „Brot und Spiele“ vorgesetzt, sie werden beschäftigt. So wird der Staat zur Beute von Netzwerken.

Wer sich in Netzwerke einbringt, weiß oder sollte wissen, dass dies Verbindungen zum eigenen Vorteil und zum Nachteil anderer sind. Netzwerker handeln unsozial; ich weiß, wovon ich spreche, das habe ich auch gemacht, weil ich damals keinen anderen Weg wusste. Aber wir Menschen sind ja lernfähig und können klüger werden.

Entscheiden Sie selbst als Leserin oder Leser dieses Buches, wie unsere Demokratie funktionieren soll. Beachten Sie, wie Menschen ticken. Evolutionsbedingt sind wir alle auf Sicherheit aus. Wir wollen Vorräte für uns und unsere Familie anlegen. Wir verteidigen

unsere Pfründen gegen andere und wenn wir keine eigene Quelle für Sicherheit und Wohlstand haben, neiden wir sie anderen und versuchen auf irgendeinem Weg in eine komfortable Situation zu kommen. Der Stärkere und/oder Listigere gewinnt!

Sie glauben, dass Sie der/die Stärkere sind? Warum glauben Sie das? Wir sollten bewusst leben und reflektieren. Wir sollten einen sozial gerechten Ausgleich suchen, bei dem jeder seinen Teil zur Gemeinschaft beiträgt und erhält, sein eigenes Sicherheitsbedürfnis kontrolliert und im Sinne aller begrenzt. Wo die eigenen Freiheitsbedürfnisse zurückgestellt werden, damit andere nicht geschädigt werden. Rücksicht und Vernunft sind gefragt.

Es gibt immer jemanden, der ärmer oder reicher, klüger oder unwissender ist als Sie und ich. Wenn das Wichtigste in Ihrem Leben ist, dass es Ihnen gut geht, und die anderen Ihnen egal sind, werfen Sie dieses Buch in den Papierkorb. Sie sollten Ihre Möglichkeiten, sich in unserer Gesellschaft allein zu behaupten, realistisch betrachten. Die Wahrheit ist, wir sind Spielbälle. Ich auch, ich muss zum Beispiel Steuern zahlen, die mir zu hoch sind, weil sie nach meiner Vorstellung nicht sorgfältig verwendet werden.

Nun, was will ich ändern?

Ich habe keine Ideallösung, aber eine Idee. Wenn ich glauben würde, ich hätte die Ideallösung zur Umsetzung unserer Verfassung, dann würde ich uns allen nicht eine Stimme über eine Kommunikationsplattform geben wollen. Das Wissen vieler wird bessere Ergebnisse ermöglichen.

Sicher wird sich der eine oder die andere in kritischer Weise über meine Gedanken auslassen, aber selber keine Ideen anbieten, ist das eine Lösung? Natürlich habe ich mich über meine Gedanken ausgetauscht, und natürlich sind meine Gedanken keine Handlungsanweisung für den Einzelfall, vermutlich fehlt mir auch in vielen Dingen der Durchblick, aber wenn ich nicht sage, wohin ich will, komme ich auch nicht an. Wir sollten unsere schöpferischen Möglichkeiten entwickeln und einsetzen. Albert Einstein hat gesagt: „Fantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.“

In diesem Sinne meine Vorhaben:

Zuerst möchte ich eine Verfassungsdiskussion anstoßen. Ich möchte diskutieren, eventuell verändern und artikelweise abstimmen, damit es unsere Verfassung ist.

1. Bürger und Bürgerinnen erhalten eine Stimme,

die gehört und dann auch tatsächlich verdichtet Berücksichtigung findet. Das vorhandene hohe Wissen von denen, die es in unserem Land haben, will ich einbinden. Da ich nicht 80 Millionen Menschen kennen und mit ihnen korrespondieren kann, sollten wir die Möglichkeiten der heutigen Kommunikation nutzen. Wir schaffen eine eigene sichere Plattform zur Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung und sammeln die Themen, die nach Meinung der Menschen in Deutschland angegangen werden sollten. Nach Häufigkeit wird eine Prioritätenliste angelegt. Dann werden die Themen öffentlich erörtert und nach angemessener Zeit im Parlament beraten und umgesetzt oder abgelehnt. Natürlich kann die Kommunikation nicht anonym erfolgen. Wenn wir als Souverän, als Bürgerin oder Bürger etwas wollen, sollten wir schon Farbe

bekennen und aus der Anonymität heraustreten. Nur respektlose Feiglinge und Angsthasen verstecken sich hinter Anonymität und Vermummung.

Unsere ID-Nummer in Verbindung mit der E-Mail-Adresse ist ein denkbarer Weg. Klar, das ist aufwendig, aber die Intelligenz der vielen in gebündelter Form ist erstens demokratischer als die derzeitigen Entscheidungswege und führt zweitens zu mehr dialektischer Auseinandersetzung und damit zu besseren Ergebnissen. Wenn wir so vorgehen würden, hätten wir eine neue Form der Bürgerbeteiligung zusätzlich zu den Möglichkeiten wie Eingaben, Petitionen und dem Demonstrationsrecht.

2. Wahlrechtsreform

Die Parteien werden auf ihre verfassungsmäßige Aufgabe zurückgeführt.

Ich bin für eine Art Wahlverein ohne eigenes politisches Interesse, in Eigenverwaltung aus gewählten Bürgerinnen und Bürgern. Eine Einheit pro Wahlkreis. Hauptaufgabe ist die Erfassung und Bekanntmachung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamentswahlen. Die potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten sollen eine vorgegebene Mindestzahl von Bürgern, die ihre Kandidatur befürworten, nachweisen. Nach meinem Verständnis können dann verschiedene Gruppen der Bevölkerung, wie zum Beispiel Parteien, Vereine und Verbände, Vorschläge für Kandidierende machen und dann „ihre“ Vertrauensperson(en) zur Kandidatur auffordern. Aber eben auch Einzelpersonen können aus eigenem Antrieb Voraussetzungen für ihre Kandidatur schaffen.

Finanzierungen und unterstützende Gruppen müssen offengelegt werden, damit erkennbar wird, ob hinter der Kandidatur Interessen oder Weltanschauungen stehen. Ein Kandidat oder eine Kandidatin darf nur im Rahmen des Wahlvereins öffentlich für sich werben. Öffentlicher Wahlkampf, der nicht über den Wahlverein läuft, führt zum Verlust des Anspruchs auf Kandidatur. Er bzw. sie kann, wenn er oder sie als Kandidat oder Kandidatin zugelassen ist, also die Voraussetzungen geprüft sind, auf der Homepage des Wahlvereins umfassend für sich werben. Alles, was Wähler und Wählerinnen interessieren könnte, kann dann publiziert werden. Über eine Kommunikationsplattform des Wahlvereins kann der Austausch zwischen Bewerber und Bürgern laufen, auch kann der Wahlverein öffentliche Veranstaltungen mit Kandidatinnen und Kandidaten organisieren. Näheres regelt eine bundeseinheitliche Satzung.

Jeder Wahlkreis mit rund 300.000 Einwohnern und Einwohnerinnen entsendet zwei direkt gewählte Kandidatinnen oder Kandidaten in den Bundestag. Wir hätten dann für 80 Millionen Bürger und Bürgerinnen konstant 534 Abgeordnete. Die Wählenden entscheiden dann direkt, wen sie als besten Repräsentanten ansehen, dann könnten junge Wähler möglicherweise junge Menschen wählen, Frauen könnten Frauen bestimmen usw.

Es gibt dann also keine Fraktionen von Parteien mehr im Parlament, sondern nur noch direkt gewählte Abgeordnete. Wir haben dann in Zukunft ein Einheitsparlament, und damit Entscheidungen von 534 Abgeordneten aus 267 Wahlkreisen, die entsprechend ihren Erkenntnissen und ihrem Gewissen entscheiden. Jedes Parlamentsmitglied ist dann quasi immer auch Opposition. Es entfallen

somit Vorgaben von Fraktionsvorständen, und Lobbyisten haben es schwerer, durch wie auch immer geartete Einflussnahme ihre Ziele auf kurzem Weg zu erreichen. Damit wäre dann auch die Verfassung umgesetzt, weil es keine Weisungen mehr gäbe. Nebeneffekt: Das Parlament hätte dann bei Sitzungen vermutlich wenige leere Plätze. Gefallen würde mir, wenn das Abstimmverhalten der Abgeordneten bei jedem Gesetz öffentlich einsehbar wäre. Das würde den Wählern ermöglichen zu prüfen, was der/die Kandidat/-in bei seiner/ihrer Vorstellung vor der Wahl gesagt hat und wie er/sie sich dann – wenn es zur Abstimmung im Parlament kommt – verhalten hat. Bei der nächsten Wahl kann der/die Wahlbürger/-in dann anhand von Fakten neu wählen.

Es wird themenbezogene Gruppenbildung auf Zeit im Bundestag geben und die Gruppenbildung sollte gezielt vom Parlamentspräsidenten gefördert werden. Zu jedem Thema soll es zwei Gruppen geben. Eine Gruppe, die Argumente für das Thema aufzeigt, und eine, die Argumente gegen das Thema aufzeigt. Dialektische Auseinandersetzungen könnten verpflichtend organisiert werden, was die Demokratie erheblich beleben würde (in unseren Schulen sollte Dialektik zum Pflichtunterricht gehören). Wenn Debatten weitgehend öffentlich geschehen, könnte Bürgerwissen oder -meinung über die Kommunikationsplattform in die Parlamentsdiskussionen einfließen (Bürgerbeteiligung neu). Abgeordnete ziehen vor jeder Parlamentssitzung eine Platznummer, damit keine festen Strukturen im Parlament entstehen können.

3. Verfassungsgericht

Das Verfassungsgericht erhält die Aufgabe, die Verfassung aktiv zu

schützen, nicht nur passiv, auf Antrag. Sicher ist das ein schwieriges Thema, bei dem Verfassungsrechtler helfen müssen. Die Intention ist: mehr unabhängige Kontrolle. Jedes politische Gremium und jede politische Person weiß dann, dass persönliche Verfassungsverstöße jederzeit Konsequenzen haben können. Maßstab für alle Aktivität ist zuerst unsere Verfassung.

4. Staatliche Altersversorgung

Eine staatliche Rentenversicherungsanstalt für alle Bürger. Jeder muss entsprechend seiner Steuererklärung Beiträge für eine staatliche Altersversorgung zahlen. Jeder, der eine bestimmte Zeit, ca. 40 Jahre, eingezahlt hat, bekommt eine Rente vom Staat, einen Betrag zwischen einem Minimum und einem Maximum. Die staatliche Altersversorgung wird für alle gedeckelt. Mehr als eine staatliche Altersversorgung wird es nicht geben. Wer im Alter mehr als die Maximalrente erhalten möchte, muss zusätzlich selbst vorsorgen. Die Untergrenze der Rente soll ein freies Leben in Würde ermöglichen, angemessenes Wohnen, gesunde Ernährung und Kultur.

Wer nicht 40 Jahre Beiträge eingezahlt hat, kann auch nicht mit auskömmlicher Versorgung rechnen. Grundsätzlich muss gelten „Ohne Leistung keine Gegenleistung“, ausgenommen Menschen, die keine Leistung erbringen können. Wer selbstverschuldet nicht vorsorgt, kann nicht erwarten, alimentiert zu werden. Das System von Geben und Nehmen sollte schon in jungen Jahren erklärt werden.

Über unterschiedliche Altersversorgungssysteme machen wir uns schlau in Ländern, die eine Rentenversicherung für alle Bürger

schon umgesetzt haben. Die Unter- und Obergrenze der Rente werden öffentlich ausdiskutiert werden müssen und werden sich am Beitragsaufkommen zu orientieren haben. Es ist ein als gerecht empfundener und sozialer Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Einzahlenden und den Rentenempfängern oder Rentenempfängerinnen herzustellen.

Die Rentenanpassungen werden nicht nur prozentual, sondern auch die Kaufkraft fördernd erfolgen. Eine Zusammensetzung der Erhöhung aus Sockelbetrag und prozentualer Erhöhung ist volkswirtschaftlich sinnvoll.

Niemand soll in unserem Staat gezwungen werden zu arbeiten, aber wer nicht arbeitet, obwohl er es könnte, bekommt auch keine Hilfe von der Allgemeinheit zum Leben.

Der Staat wird sich als Arbeitsvermittler, zum Beispiel als Leiharbeitsfirma, für den Teil der Bevölkerung zur Verfügung stellen müssen, der Hilfe zur Selbsthilfe benötigt. Dann könnten und müssten diejenigen, die arbeiten können und derzeit staatliche Hilfe zum Leben bekommen, ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten.

5. Staatshaushalt

Erfolgskontrolle bedeutet auch, zu prüfen, ob die für einen bestimmten Zweck eingenommenen Gelder des Staates sinnvoll und für die Aufgabe zweckmäßig und in der Höhe angemessen ausgegeben werden. Denken Sie dabei bitte an die Kfz- und Mineralölsteuer, um nur zwei Steuerarten zu nennen. Deshalb bilanziert der Staat in Zukunft so, wie es jede Firma auch macht. Die kameralis-

tische Buchhaltung, bei der alle Einnahmen in einen Topf kommen und auf Ausgabentitel verteilt werden, wie es gerade für opportun gehalten wird, wird abgeschafft. Es wird eine Erfolgskontrolle der Einnahmen und Ausgaben eingeführt. Sonderhaushalte werden weitgehend abgeschafft.

Es ist Transparenz herzustellen für den Steuerzahler und für die Selbstkontrolle der Parlamentarier darüber, ob eine bestimmte zielorientierte Steuer für den Zweck, für den sie erhoben wird, ausreicht, zu hoch oder zu niedrig ist. Dann wäre unter anderem der „Soli“ vermutlich schon lange abgeschafft.

Die Empfehlungen des Bundes der Steuerzahler werden öffentlich diskutiert, und die Meinungsbildung wird dann in den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Grundsätzlich gilt: Der Staat bekommt nicht mehr, als er unbedingt braucht. Steuerpläne wie zum Beispiel die CO₂-Steuer oder die Förderung von Elektromobilität werden dann öffentlich ausdiskutiert und bis zu Ende gedacht.

Wir wollen keine Steuereinnahmen, um Mehreinnahmen für den Staat zu erzielen, sondern wir wollen ein klimaneutrales Land erreichen. Ein Regelungseffekt muss für die Bürger und Bürgerinnen erkennbar und verständlich sein. Erdöl teuer machen oder verbieten und Erdgas weiter zulassen, wer versteht das? Sonne, Wind und Wasser gehören allen, hierauf Steuern zu erheben, sollte überdacht werden.

Schulden des Staates werden abgebaut, bis die Verschuldensgrenze laut EU von maximal 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung

erreicht ist. Schulden, auch wenn sie nahezu keine Zinsen kosten, schränken die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen ein, und das ist unsozial. Was für jeden Privathaushalt sinnvoll ist, sollte der Staat auch umsetzen, nämlich nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Ziel des Staates sollte es werden, so wenig wie möglich Steuern zu erheben, da dann die Freiheit der Menschen erhöht wird, selbst zu entscheiden, was mit ihrem mühsam verdienten Geld geschieht. Für Investitionen des Staates gilt: Kredite ja, wenn sie mit den vorhandenen Einnahmen bedient werden können.

6. Rechnungshof

Der Rechnungshof erhält Sanktionsinstrumente, Pflichten und Rechte. Wir müssen der Kontrolle „Zähne zum Beißen“ geben. Ich meine, der Rechnungshof sollte Disziplinarrecht bekommen und das Recht und die Pflicht, Verstöße auf dem Gerichtsweg zu verfolgen.

7. Wirtschaft

Wir sollten einen handlungsfähigen Staat herstellen. Ich möchte, dass Deutschland konkurrenzfähig zu anderen Wirtschaftsmächten bleibt.

Die meisten Menschen fühlen sich frei, wenn sie genügend finanzielle Mittel für den persönlichen Bedarf haben. Dazu bedarf es Einkommensmöglichkeiten, in aller Regel Arbeit. Arbeit haben wir aber nur, wenn wir konkurrenzfähig bleiben oder als Staat autark werden. Deshalb müssen zentrale Aufgaben von nationalem Interesse Vorrang vor Länder- und Partikularinteressen haben. Einen angemessenen Ausgleich für Benachteiligungen durch Maßnahmen

von nationalem Interesse halte ich für selbstverständlich. Wer als Bürgerin oder Bürger den Individualverkehr zugunsten der Bahn zurückdrängen möchte, kann nicht gleichzeitig generell gegen Bahntrassen sein. Lärmschutz oder Grundstückstausch sind für mich unverzichtbar. Die Interessen eines konkurrenzfähigen Staates müssen im Zentrum der Überlegungen stehen. Wer regenerative Energie im Land verwenden will, kann nicht deren Stromtrassen blockieren. Berechtigte individuelle Interessen von Betroffenen müssen vom Staat berücksichtigt werden.

Der Staat muss bei berechtigtem gesamtstaatlichem Interesse, um schnell handeln zu können, evozieren können.

Wenn der Staat, unsere Repräsentanten, wegen besonderer Umstände wie beim Corona-Virus, unser Grundrecht auf Ausübung unserer Arbeit, die uns als Einkommensquelle dient, untersagt und wir unseren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen dürfen und der Staat auch noch unsere Existenz gefährdet, muss der Staat auch die Zeche zahlen, und nicht nur für einen Teil der Betroffenen, sondern für alle, auch in der Kultur, der Gastronomie, den Veranstaltungsbetrieben und der Tourismusbranche.

Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit.

In der Verfassung ist die freie Berufswahl garantiert. Deshalb kann und darf der Staat nicht entscheiden, wer welchen Beruf ergreift. Im Umkehrschluss heißt das, wer einen Beruf ergreift, für den es nicht ausreichend Bedarf gibt, kann dann auch nicht von der Gesellschaft Hilfe erwarten. Wer selbst nicht Kapital in Form von Geld oder Produktionsmitteln hat, muss selbst dafür sorgen, dass er sein

Wissen und seine Fertigkeiten bei Verhandlungen mit der Kapitalseite so erfolgreich wie möglich einsetzt. Es ist in unserem System nur zu erwarten, dass die Grenzen der Freiheit auf beiden Seiten eingehalten werden. Deshalb halte ich Mindestlöhne für erforderlich.

Bewertung von Arbeitsleistung

Die Bewertung von Arbeitsleistung ist durch unterschiedlich mächtige Sozialpartnerschaften auseinandergedriftet. Nicht alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben eine starke Vertretung als Verhandlungspartner mit den Arbeitgebern. Ich möchte eine Diskussion über gerechte Entlohnung. Was ist eine Stunde welcher Art von Arbeit wert und welche Auswirkung hat die Ausbildung und welche Auswirkung haben Angebot und Nachfrage? Wenn keine Nachfrage nach einer bestimmten Arbeitsleistung vorhanden ist, kann dafür auch kein Lohn gezahlt werden, dann muss sich der Arbeitssuchende umorientieren.

8. Sozialpflicht des Staates

Der Staat hat auch in sozialer Hinsicht für Ausgleich zu sorgen. Wer sich Freiheiten herausnimmt und die Freiheiten anderer unangemessen einschränkt, muss, gegebenenfalls auch von der Allgemeinheit, dem Staat, wirkungsvoll darauf hingewiesen werden. Nur wer sich nicht selbst versorgen kann, wer wegen geistiger oder körperlicher Einschränkungen seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten kann, erhält von der Allgemeinheit Hilfe für ein Leben in Würde. Wer unverschuldet in Not gerät, bekommt zeitlich begrenzt Hilfe zur Selbsthilfe.

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Wer von der Allgemeinheit, also von uns Bürgerinnen und Bürgern, also vom Staat, etwas bekommt, muss eine Gegenleistung erbringen, es sei denn, der Staat entscheidet, uneigennützig helfen zu wollen, weil eine Gegenleistung unmöglich ist.

Was heißt das? Wer als Bürger Hilfe bekommt, muss seine Arbeitskraft dem Staat anbieten und der Staat muss sie annehmen.

Firmen, die vor der Insolvenz gerettet werden wollen, bekommen nur staatliche Hilfe, wenn Aussicht auf Erholung besteht. Wenn Firmen staatliche Hilfe gewährt wird, ist damit die Kontrolle der eingesetzten Hilfe durch den Staat verbunden, bis die Hilfe zurückerstattet worden ist. Die Folge wird sein, dass das Entlohnungswesen bei diesen Firmen aufhört und unberechtigte Vergütungen für die letzten zehn Jahre zurückgezahlt werden müssen. Der Staat soll sich aber nicht unternehmerisch einmischen.

Wir werden auch darüber nachzudenken haben, wie die von der Allgemeinheit empfundene Ungerechtigkeit beim Einkommen in Chefetagen von Dax-Unternehmen behandelt werden soll. Meines Erachtens können diese Dinge über die Besteuerung (Stufensteuersystem) geregelt werden.

9. Umweltschutz

soll grundsätzlich und nicht einzelfallbezogen betrieben werden. Generell hat vermeidbare Belastung der Umwelt zu unterbleiben, wenn der Stand der Technik es ermöglicht, und das gilt für Privatpersonen und Firmen gleichermaßen.

Einen Bestandsschutz von zehn Jahren bei Privatpersonen und bei Firmen für den Abschreibungszeitraum halte ich für angemessen. Wenn die Allgemeinheit den Stand der Technik schneller umgesetzt haben möchte, muss der Staat angemessene finanzielle Hilfen leisten.

Umweltschutz kann nicht mit doppelter Moral betrieben werden. Umweltschädliche Güter dürfen in diesem Sinne weder im- noch exportiert werden. Auch für die Beteiligung Deutscher im Ausland haben die deutschen Standards zu gelten.

Grundsatzfragen zur Erhaltung unserer Umwelt sollten nicht durch Einzelziele verwässert werden, das lenkt vom Hauptanliegen ab und löst unnötige Glaubenskriege in der Bevölkerung aus. Wir stellen unsere Gesellschaft auf **Klimaneutralität** und biologisch ein. Erstes Ziel wird es sein, in Deutschland keinen Beitrag zum Wachstum der Weltbevölkerung zu erbringen. **Kindergeld** wird nur für zwei, maximal drei Kinder gezahlt und nur für Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die Kontrolle erfolgt über die ID-Nummer der Mutter an zentraler Stelle. Wir müssen den Zuwachs der Weltbevölkerung stoppen, sonst sind alle Bemühungen zur Rettung unserer Umwelt vergebens. Die Reduzierung klimaschädlicher Emissionen wird durch den Zuwachs der Weltbevölkerung wirkungslos.

Bedürfnisse der Menschen und Umweltschutz

In andere Länder zu reisen, ist ein Bedürfnis der Menschen, solange es Menschen gibt. Reisen schafft Frieden, Reisen bildet, Reisen

kann Entwicklungshilfe sein; wie wir uns trotzdem auch ökologisch verhalten, erfordert eine Diskussion im Volk und nicht Polemik. Wer für Reisen nur in Deutschland eintritt, bedenkt nicht die Konsequenzen.

Wer, wie die Regierung, keine **fossilen Brennstoffe** wie Erdöl verwenden will, muss auch Erdgas und die Förderung durch Fracking substituieren. Wer den Deutschen mit CO₂-Steuer droht, sollte kein Werk zur Abnahme von Flüssiggas an der Unterelbe für durch Fracking gefördertes Gas aus den USA bauen lassen. Importe, die an anderer Stelle auf der Welt Umweltschäden größeren Ausmaßes anrichten, sind zu untersagen. Auf Palmöl, Gas, das durch Fracking gewonnen wird, Hölzer aus Regenwäldern, Produkte, die mit unwürdigen Arbeitsmethoden hergestellt werden, sollten wir verzichten; im Einzelnen entscheidet eine gesellschaftliche Diskussion. Ein Leben auf Kosten anderer ist unethisch.

Welchen Sinn kann es machen, Erdölheizungen zu verbieten und Erdgas- oder Holzheizungen zu erlauben? Unsere Verträge mit Russland? Wollen wir regenerative Energieversorgung oder nicht? Verlogenheit müssen wir erkennen, aufdecken und abschaffen.

Wasser, Boden, Luft sind Allgemeingüter. Der Gebrauch dieser Güter muss einem gesellschaftlichen Konsens unterliegen. Wasserrechte dürfen nicht verkauft werden. Die Grundbedürfnisse der Menschen dürfen nicht zur Disposition von Gewinnmaximierung stehen. Die Belastung von Wasser, Boden und Luft ist nach Regeln für alle einheitlich vorzunehmen. Über die Regelungen muss ein gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt werden. Privatvergnügen,

die Wasser, den Boden und/oder die Luft belasten, sind auf die allgemeine anerkannte Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Was meine ich? Ist es angemessen, dass Lärm- und Luftbelastung durch private, motorisierte Fliegerei als Umweltbelastung hingenommen werden muss? Doch wo sind andererseits die Grenzen der individuellen Freiheitseinschränkung? Diese Diskussion muss geführt werden, damit „Geben und Nehmen“ in Zusammenhang mit Freiheit und Freiheitseinschränkung verständlich und akzeptiert wird.

Ver- und Entsorgung sind auf ihre ökologische Wirkung zu überprüfen und zu verbessern. Meine Ausführungen zum Grünen Punkt haben Sie vorn im Buch gelesen.

10. Bundeswehr

Die Rolle der Bundeswehr sollte von uns auf ihren Erfolg hin geprüft werden, nicht von Lobbyisten, sondern von der Gesellschaft. Wie könnte eine Bedrohung für unser Land aussehen (militärisch, wirtschaftlich, ideologisch), und wie sind wir darauf vorbereitet? Was ist mit Bündnissen, Handelswegen etc.? Können wir als Volk mit 80 Millionen Menschen unsere Bedürfnisse allein verteidigen oder brauchen wir Verbündete? Unsere Verfassung sollte angepasst werden.

Verteidigung auf militärische Maßnahmen einzuengen, gefährdet unsere Freiheit.

Wir Deutschen haben jahrelang laut das Recht auf freie Selbstbestimmung für alle Deutschen eingefordert. Was ist mit den verschiedenen Gruppen in Afghanistan, Palästina, China usw.? Jetzt

entsenden wir Soldaten mit Waffen in andere Länder und ergreifen einseitig Partei. Ein Verteidigungsfall für unser Land wurde nicht erklärt. Wenn wir Schwächeren helfen wollen, sind Waffenlieferungen dann die richtige Methode? Hören wir nicht immer wieder: Frieden schaffen ohne (militärische) Waffen? Und es gebe keine Alternative zu Diplomatie? Was nun? Geschwafel, Verlogenheit, Lobbypolitik oder nicht?

11. Zuwanderung

Auf unserer Erde leben zurzeit etwa 7,3 Milliarden Menschen. Den meisten von ihnen geht es wirtschaftlich schlechter als uns. Wenn wir signalisieren, bei uns fließt „Milch und Honig“ für alle, werden viele zu uns kommen wollen.

Wir können nicht alle, denen es wirtschaftlich schlechter geht als uns, bei uns versorgen, auch wenn das inhuman klingt.

Dass wir wirtschaftlich nicht unverletzlich sind, haben wir jetzt in der Covid-19-Krise gesehen. Die Schulden des Staates sind durch das Geschehen zweier Monate drastisch gestiegen.

Wer als Bürger oder Bürgerin hilfebedürftigen Menschen außerhalb Europas helfen will, kann Patenschaften mit voller Verantwortung in deren Herkunftsland übernehmen. Auch der deutsche Staat könnte sich überlegen, eine uneigennützig Patenschaft für ein bedürftiges Land zu übernehmen, aber eben nicht für alle Menschen.

Wer sich auf die Reise nach Deutschland macht, ohne rechtliche Grundlage (Visum), wird erkennen müssen, dass für ihn die Sozial-

systeme in Deutschland nicht gelten. Asylrecht ist bei uns geregelt. Aber auch die Aufnahme von Asylsuchenden sollte auf eine Quote in Bezug zur Bevölkerung limitiert werden.

Wer sich nicht ausweisen kann, wird so lange unter Aufsicht gestellt, bis er auf eigene Kosten seine Identität nachgewiesen hat. Bevor das nicht geschehen ist, kann sich niemand bei uns frei bewegen. Jeder sich in Deutschland aufhaltende Mensch muss Ausweispapiere bei sich tragen.

12. Recht

Das Recht wird vereinfacht und klarer formuliert, dadurch werden auch Justiz und Verwaltung entlastet und die Kosten (Steuern) für die Bürger und Bürgerinnen gesenkt. Niedrige Kosten für die Organisation des Staates sind ein Standortfaktor. Was meine ich? Es muss nicht jede Fehlentwicklung einzeln geregelt werden, sondern pauschal. Wenn wir Artikel 2 ernst nehmen, erledigen sich viele einzelne Gesetze. Wer unser Land oder andere Menschen schädigt, haftet und wird abgestuft sanktioniert. Wer zum Beispiel illegal Abfall in der Umwelt ablädt, bekommt eine erste (je nach Schwere) kleine Strafe, im Wiederholungsfall eine deutlich höhere und beim dritten Mal schwere Sanktionen. Hier wird die Allgemeinheit einen Rahmen ausdiskutieren und der Justiz eine Handlungsanweisung geben müssen. Ich denke, dass genügend Ethiker und Juristen im Land leben, die das Problem längerfristig werden lösen können.

Es sollte ein Zentralregister analog dem Flensburger Verkehrsregister geben, in dem Verstöße festgehalten werden. Dann ist es mög-

lich, wie beim Punktesystem von Flensburg, angepasste Strafen beim ersten, zweiten und bei Folgevergehen auszusprechen.

Die ausufernde **Rechtsordnung** muss reformiert werden mit dem Ziel, dass die Bürger und Bürgerinnen die Rechtslage im Normalfall verstehen. „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“; mit dem Unwissen der Menschen verdienen zweifelhafte Anwälte durch Abmahnungen ihr Geld, und jeden von uns kann es theoretisch treffen, weil niemand von uns alle Gesetze und Verordnungen kennen kann. Seit Gründung der Bundesrepublik mit ihren Ländern erlassen Abgeordnete im Bundestag und den Parlamenten der Länder ständig Gesetze und Verordnungen, zum Teil auch noch in einer Sprache, die nur Juristen oder Techniker verstehen. Die sich auftürmende Menge an Entscheidungen wird immer größer und füllt die Regalwände in Anwaltskanzleien und der Exekutive. Die Regelungen sind aber in erster Linie für uns Bürgerinnen und Bürger gedacht.

Steuert ein solches Rechtssystem nicht zwangsläufig auf einen Kollaps zu? Kann es sein, dass Bürgerinnen und Bürger, um in Einklang mit den Regelungen leben zu können, Jura studieren oder einen Stab von Juristen als Beratende finanzieren müssen?

Mein Eindruck ist auch, dass unsere Sprache Schaden nimmt, weil Justiz und Verwaltung eine Sprache sprechen, die für Ungeübte unverständlich ist.

Ich denke, wir sollten unser Rechtssystem generalisieren. Allgemeine Regelungen sollten ins Einzelne gehende Regelungen ersetzen. Prinzipiell gilt: Jeder hat die Freiheit, zu machen, was er will. Die

Beschränkung: Wenn er die Freiheit anderer unangemessen einschränkt, keine Rücksicht nimmt oder andere schädigt, haftet er dafür und wird angemessen in einem Rechtsrahmen bestraft.

Erfolgskontrolle fordere ich ein, damit der Sinn der Verfassung erfüllt wird. Die Freiheit mit Verantwortung des einzelnen Bürgers hat im Mittelpunkt der Überlegungen und Handlungen der Gewalten zu stehen.

Gesetze und Verordnungen gelten ab dem Zeitpunkt, ab dem sie rechtskräftig geworden sind, und nicht rückwirkend.

Ungleichheit und Doppelmoral

in der Gesetzgebung werden korrigiert und eingedämmt. Was generell gelten soll, gilt in Zukunft nicht nur für alle Bürger und Bürgerinnen, sondern für die Allgemeinheit, wie es in der Verfassung steht, also auch für Organisationen und Firmen. Wenn die Einleitung von Schadstoffen in den Boden, ins Wasser und die Luft verboten ist, gilt das für alle. Umweltbelastung kann nicht mal so und mal anders definiert werden.

Allgemeinbesitz

Wasserrechte für die Versorgung der Bevölkerung müssen gemeinnützig sein und dürfen nicht verkauft werden. Eigentum am Boden in Deutschland ist Deutschen vorbehalten. Regelungen anderer Länder (Dänemark) könnten uns als Vorbild dienen. Luft, Wasser und Böden dürfen nur so wenig, wie es der Stand der Technik zulässt, belastet werden. Private Vergnügen, die Lärmbelastungen oder Emissionen auslösen, werden sinnvoll begrenzt. Die Kunst-

stoffabfallentsorgung wird neu geregelt, nur was wiederverwertet wird, kommt in den gelben Sack, der andere Teil in den Restmüll. Die Gemeinnützigkeit ist zu stärken.

Rücksichtsloses Verhalten,

also Verstöße gegen Artikel 2 der Verfassung, das die Freiheit anderer Menschen einschränkt, wird abgestuft und empfindlich geahndet. Ich stelle mir hier einen Punkte- und Strafenkatalog vor.

Rechtsfreie Räume

Der Staat hat rechtsfreie Räume konsequent zu unterbinden. Clans, mafiöse Strukturen, Rowdytum müssen konsequent und ohne Zurückweichen unterbunden werden. Wer sich nicht an unsere Ordnung hält, muss auch im Sinne der Gerechtigkeit und um des inneren Friedens willen sanktioniert werden. Die Exekutive ist nachhaltig zu schützen, ihr Fehlverhalten ist genauso konsequent zu ahnden wie bei Bürgern. Strafen wegen Gewalt mit Körperverletzung sollten nicht zur Bewährung ausgesetzt werden können. Alkoholkonsum darf nicht strafmindernd wirken. Denn was können Opfer dafür, dass Täter oder Täterinnen eine schwierige Kindheit hatten?

13. Gesundheits-/Krankheitswesen

Unser sogenanntes Gesundheitssystem wird grundsätzlich neu geregelt. Wir müssen weg vom Reparaturbetrieb hin zur Gesunderhaltung kommen. Es wird eine Verpflichtung für jeden Einzelnen geben müssen, so wie es in der Verfassung steht, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Dazu gehört, sich um die eigene Gesunderhaltung aktiv selbst zu kümmern. Das System von Pillen, Spritzen und Operationen und der vermeintlichen Verantwortung

des „weißen Kittels“ für die Gesundheit wird durch verpflichtende Gesunderhaltungsberatung reduziert. Aufklärung erfolgt in Familie, Kita und Schule. Wer beratungsresistent ist, wird sich vermehrt an seinen Kosten für die Behandlung von Krankheiten beteiligen müssen. Fahrlässig Übergewichtige, Süchtige, Extremsportler werden einen Zuschlag zur Krankenversicherung zahlen müssen und werden nicht mehr von der Allgemeinheit bevorteilt. Wieso sollen alle Bürger und Bürgerinnen für beratungsresistente und extrem risikofreudige Menschen zahlen? Auch bei Gesundheitsfragen ist ein Ausgleich zwischen Geben und Nehmen erforderlich, allein aus Gerechtigkeitsgründen. Wenn Zuschläge für extrem ungesundes Verhalten zu schwierig umzusetzen sein sollten, wären alternativ Beitragsrückerstattungen im Gesundheitssystem, jenseits von Vorsorgeaufwendungen, bei Nicht-Inanspruchnahme von Krankenkassenleistungen zu gewähren.

14. Bildungswesen

Unser Bildungswesen sollte sich mehr auf Wesentliches konzentrieren. Erforderlich sind selbstbewusst und selbstverantwortlich handelnde Menschen. Menschen, die ihr Handeln nicht reflektieren und unbewusst leben, schaden der ganzen Gesellschaft. Starke Führungskräfte möchten Selbstbewusste, nur selbst schwache Führungskräfte wollen Schwächere um sich haben. Wer devotes Verhalten gegenüber „weißen Kitteln“, Titeln oder Führungskräften lebt, hat nicht verstanden, dass Wissen und hierarchische Gliederung nichts mit menschlichen Qualitäten zu tun haben. Respekt ja, aber unkritische Unterwürfigkeit aus Machtüberlegungen heraus nein. Das Land braucht zur Freiheitserhaltung selbstbewusst handelnde Menschen und keine „Untertanen“.

Erziehung

In den Schulen soll vermehrt Eigenverantwortung vermittelt werden: Eigenverantwortung für die Gesunderhaltung, das heißt Wissen darüber, wie mein Körper, mein Geist und mein Gefühl funktionieren und wie ich mich in Ordnung halten kann. Wie bin ich durch meine Ahnen geprägt, was macht mein Unterbewusstsein mit mir und wie kann ich selbst Veränderungen herbeiführen? Eigenverantwortung für Familienplanung und Familie, Verantwortung für andere Menschen und unsere Welt sind anzustreben. Erziehung soll Arbeitsteilung verständlich machen und erklären, warum soziales Verhalten erforderlich ist. Warum „Mein und Dein“ respektiert werden muss und warum wir unsere staatliche Ordnung so geregelt haben wie in der Verfassung beschrieben.

Ernährungsvorsorge/-versorgung

wird grundsätzlich neu geregelt. Ernährungsvorsorge ist Gesundheitsvorsorge. Die Bürgerinnen und Bürger sollten Verantwortung für biologische Landwirtschaft übernehmen, um der biologischen Landwirtschaft und sich selbst eine wirtschaftliche und Versorgungssicherheit zu geben und um einen Bezug zur Ernährung zu bekommen. Massentierhaltung und Bodenverseuchung werden abgeschafft. Im- und Exporte zu diesem Thema werden zu diskutieren sein. Es ist die Frage, ob freier Welthandel nicht an seine Grenzen stößt, wenn Ethik auf der Strecke bleibt.

15. Wohneigentum

wird gefördert. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Der Staat unterstützt die Bemühungen des Einzelnen bei der Bildung von Wohneigentum. Darüber hinaus hält der Staat so viele Wohnungen im

eigenen (gemeinnützigen) Besitz wie nötig, um bei der Preisbildung der Mieten regulierend eingreifen zu können. Wenn die Eigentumsquote an Wohnraum preisbildend wirkt, kann der staatliche Besitz reduziert werden. Die Sozialbindung von öffentlich gefördertem Wohnraum sollte überdacht werden. Dort, wo die Grundbedürfnisse des Menschen betroffen sind und kein funktionierender Markt besteht, ist es unser aller Aufgabe, Gleichgewicht herzustellen.

16. Demokratie und unsere Verfassung diskutieren

und danach unsere Verfassung verabschieden. Besinnung auf unsere wesentlichen Bedürfnisse. Was sind langfristig unsere grundsätzlichen Bedürfnisse in Deutschland? Steht alles in der Verfassung oder sollte sie erweitert werden? Ich stelle mir vor, dass einige Zeit in Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Volkshochschulen Veranstaltungen zu den einzelnen Abschnitten der Verfassung angeboten werden. Nach angemessener Zeit, spätestens nach einem Jahr, sollten in öffentlichen Veranstaltungen Sprecher der Bildungseinrichtungen eine Zusammenfassung der Ergebnisse über die Verfassungsdiskussionen vortragen. Die Legislative erörtert die Anregungen dann in öffentlichen Sitzungen und bietet Lösungen an. Am Ende sollte artikelweise von allen Bürgern über die Verfassung abgestimmt werden.

17. Die Rolle der EU

Europa hat nur dann Sinn, wenn wir eine einheitliche Basis haben und gegenüber nicht europäischen Mächten in wesentlichen Anliegen mit einer Stimme sprechen. Die Struktur der EU sollte unstrittig sein, dazu gehören unabhängige Gewaltenteilung und gleiche Werte. Wenn wir nicht verstehen, wie wenig Möglichkeiten

wir als einzelnes Land mit Kleinstaaterei gegenüber dem Rest der Welt haben, werden wir in die Abhängigkeit anderer Mächte und politischer Systeme geraten.

Wie bereits weiter oben erwähnt, sollte Deutschland sein Gewicht einbringen.

Natürlich weiß ich, dass ich mich jetzt angreifbar mache. Es wird Tausende Einwände geben, aber was sagte Albert Einstein? „Fantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.“

Nun wird sich der eine oder andere Leser oder die eine oder andere Leserin fragen: „Und was ist mit meinem Thema, warum hat der Autor nicht daran gedacht?“ Ich wiederhole mich: Wenn ich alles regeln wollte, wäre ich vermutlich Despot, entweder wir erfüllen unsere Verfassung gemeinsam mit Leben oder wir lassen es (wie jetzt). Es ist die Aufgabe aller Bürger und Bürgerinnen, daran mitzuwirken, dass unser Gemeinwesen Erfolg und eine Zukunft hat. Lernen von anderen, auch anderen Ländern, die das eine oder andere vielleicht optimal gelöst haben.

Es ist keine Möglichkeit, auf dem Sofa sitzen zu bleiben und trotzdem unsere Freiheit erfolgreich zu erhalten und weiterzuentwickeln. Lernen aus der Geschichte ist gefordert, aus der gesamten Geschichte! Kluge Menschen machen Fehler nur einmal, die anderen müssen leiden. Ich möchte nicht leiden.

Der Weg zu Veränderungen. Wie will ich Änderungen herbeiführen? Betrachten wir die Geschichte, so erkennen wir, dass die, die

Macht innehaben, sie nicht freiwillig abgeben. Wer Privilegien hat, will sie behalten. Ich will niemandem wegnehmen, was ihm nach dem Geist unserer Verfassung zusteht. Ich will aber dem Geist unserer Verfassung Geltung verschaffen, Missstände reduzieren und unserem Land eine bessere Chance durch Erfolgskontrolle geben, damit ein freiheitliches und gutes Leben in diesem Land weiterhin möglich ist.

Ich möchte Änderung ohne Gewalt, auch wenn die Geschichte zeigt, dass dies selten erfolgreich war. Aber wenn ich keine Lösung anbieten könnte, hätte ich mich nicht zu Wort gemeldet. Kritik üben, ohne eine Lösung anzubieten, was soll das? Meckern ohne eigenen Plan, was soll das?

Blicken wir in die Geschichte. Wo gab es friedliche Befreiungen von Unfreiheit und Missachtung des Willens des Volkes? Mir sind drei Fälle bekannt: Erstens zu Zeiten des Alten Testaments eroberten die Juden Jericho mit Singen und Posaunen, die Letten befreiten sich mit Singen von den Russen und die Bürger der DDR haben sich (auch) durch friedliche Demonstrationen von ihrem System befreit.

Auch wir können mit friedlichen Maßnahmen zur Veränderung unseres Systems und zu einer echten Demokratie kommen.

Erster Schritt: Sie, sehr geehrte Leserin, und Sie, sehr geehrter Leser, müssen entscheiden, was Sie wollen. Glauben Sie, dass alles prima ist und auch so bleibt, dann tun Sie weiterhin nichts. Glauben Sie, dass ich prinzipiell recht habe, dass wir unsere Verfassung zum Leben erwecken sollten, dann raffen Sie sich auf, kommen Sie

hoch vom Sofa, weg vom Fernseher und tun Sie etwas – Sie ganz persönlich. Das Einzige, was Sie mit mir tun sollen: Sie nehmen sich den Text vom Schlusschor des vierten Satzes „Ode an die Freude“ von Beethovens Neunter (siehe Anhang), legen „eine Platte“ auf und singen oder summen Beethovens Neunte. Wer kann, spielt Beethovens Neunte auf einem Instrument.

Ich gehe davon aus, dass Singen nicht verboten werden kann, auch nicht, wenn der Notstand ausgerufen werden sollte. Auch bin ich überzeugt, dass in unserem Land Polizisten und Soldaten nicht gegen friedlich singende Menschen vorgehen werden.

Wer in Verona Verdis Gefangenenchor aus „Nabucco“ mit 300 Sängerinnen und Sängern gehört oder im Internet Beethovens Neunte mit 5.000 oder mehr Menschen gesehen und gehört hat, versteht, was ich meine. Gemeinsames Singen und Musizieren hat eine gewaltige Macht. Millionen von singenden Menschen vor den Landtagen und Rathäusern unserer Landeshauptstädte und vor dem Reichstag, und die Abgeordneten werden sich entscheiden müssen, ob sie eine friedliche Veränderung einleiten wollen oder ob das Volk die Veränderung ohne sie einleiten muss.

Wer etwas verändern will, übt das Singen oder Summen der Neunten zu Hause, dann verabreden wir uns zum gemeinsamen Singen, zum Singen für Veränderung.

Ein repräsentativer Teil der Bevölkerung beim Singen ist Voraussetzung für mich, aktiv zu werden. Ein konstruktives Misstrauensvotum wäre aus meiner Sicht der richtige Weg, um Veränderungen

einzuleiten. Dann ist das Parlament, bis eine Neuwahl erfolgt ist, zu einem Parlament der Einheit zu machen. Im ersten Schritt wird dann, **für den Übergang**, eine Regierung vom Parlament gewählt, in der jede Partei entsprechend ihrer Stärke Kabinettsmitglieder stellt. Ein neues Ressort für die Kommunikation wird geschaffen. Ab da wird Punkt für Punkt abgearbeitet. Sobald die angedachte Wahlrechtsreform verabschiedet ist, erfolgen **Neuwahlen**.

Natürlich bin ich sehr gespannt, ob Menschen endlich aufstehen, ich meine Sie, sehr geehrter Leser, und Sie, sehr geehrte Leserin. Vielleicht kommt ja auch ein Nervenarzt und weist mich ein, na gut, dann war es eine Vision für meine Enkelinnen.

Damit wir uns zum Singen verabreden können, werden wir die Möglichkeiten des Internets nutzen. Die Anzahl der Menschen, die Veränderungen wollen und mitsingen würden, werde ich laufend veröffentlichen, sobald eine größere Zahl zusammengekommen ist.

Erfolgskontrolle der Demokratie und Korrekturen am System – und Reflexion unser selbst – sind immer wieder notwendig. Wer soll es machen, wenn nicht der Souverän, also wir? Es ist doch eine bekannte Weisheit: „Wer am Fressnapf sitzt, bedient sich zuerst.“ Glauben Sie, irgendjemand in unserer Gesellschaft verzichtet freiwillig auf Privilegien? Unser Präsident, unsere Regierungsmitglieder, unsere Abgeordneten, die Beamten, die Dax-Manager, Sie?

Sie, sehr geehrte Leserin, und Sie, sehr geehrter Leser, und ich, wir müssen entscheiden, ob wir in unserer Gesellschaft ungezügelter Egoismus oder humanistische Werte leben wollen. Sie und ich

werden in einem egoistischen System die Verlierer/-in sein, denn es gibt immer „Stärkere“.

Kommen Sie zu einer Entscheidung, verweisen Sie nicht auf andere, beweisen Sie Rückgrat und setzen Sie sich für eine echte Demokratie bei uns ein und singen Sie mit mir Beethovens Neunte und warten Sie nicht auf andere. Schuld, wenn es schiefgeht, hat der Souverän und das sind auch Sie! Widerstand gegen Verfassungsbruch ist ausdrücklich erwünscht.

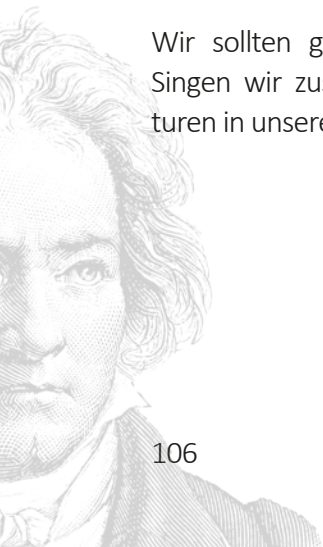
Wir können nicht warten, bis „das Kind in den Brunnen gefallen“ ist, wir müssen jetzt handeln.

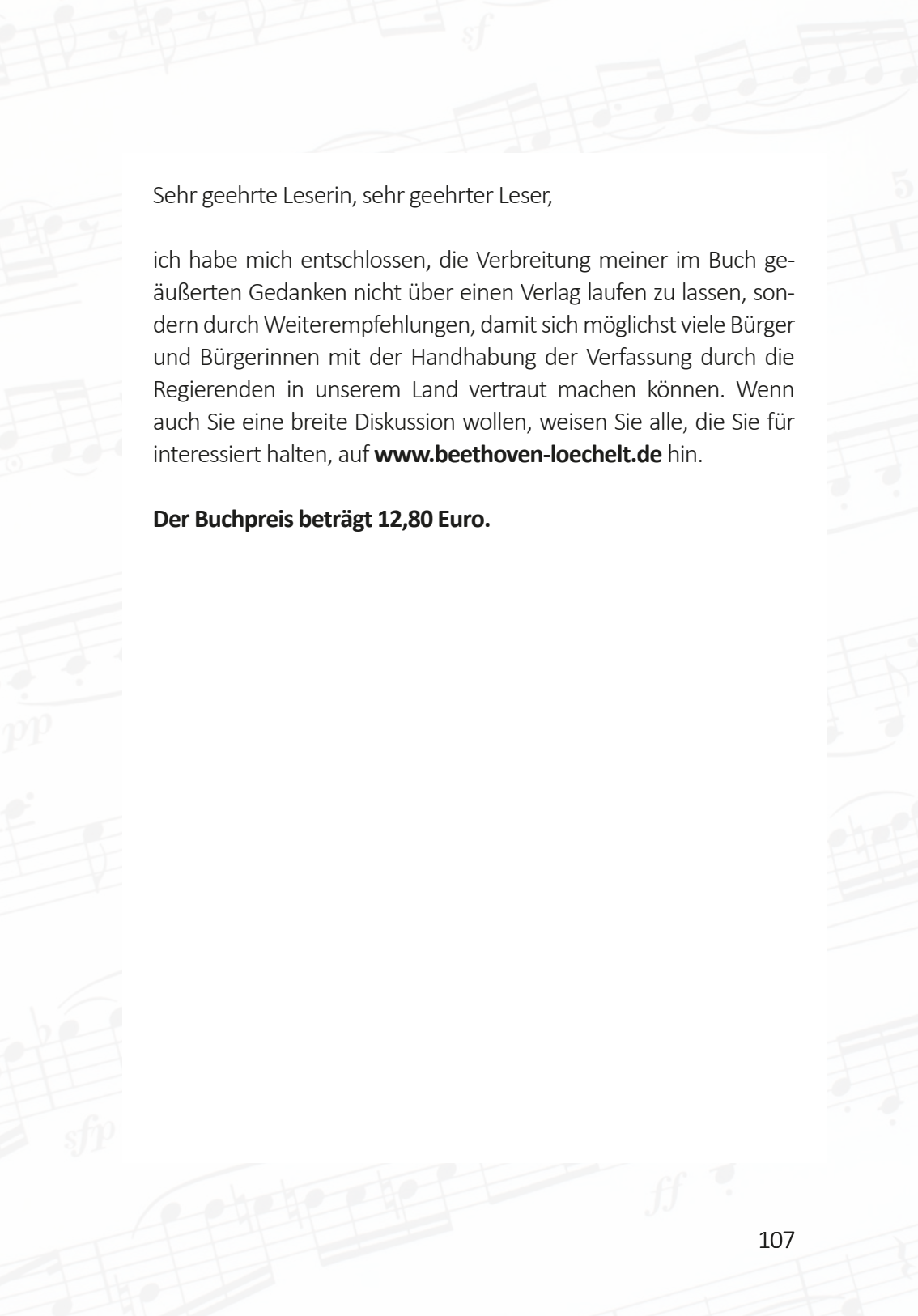
Und während Sie nachdenken, ob wir gemeinsam singen wollen, prüfen wir uns selbst:

Belastet unser Verhalten unnötig die Umwelt?

Sind wir immer rücksichtsvoll gegenüber unseren Mitmenschen oder schränken wir die Freiheit anderer ein, im Straßenverkehr, in Bezug auf „Mein und Dein“ etc.?

Wir sollten glaubwürdig Freiheit in Verantwortung verlangen. Singen wir zusammen Beethovens Neunte und fordern Korrekturen in unserem Parteiensystem und in unserer Demokratie ein.



The background of the page is a light gray musical score with various notes, rests, and dynamic markings like 'pp', 'sfp', and 'ff' scattered across the staves.

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

ich habe mich entschlossen, die Verbreitung meiner im Buch geäußerten Gedanken nicht über einen Verlag laufen zu lassen, sondern durch Weiterempfehlungen, damit sich möglichst viele Bürger und Bürgerinnen mit der Handhabung der Verfassung durch die Regierenden in unserem Land vertraut machen können. Wenn auch Sie eine breite Diskussion wollen, weisen Sie alle, die Sie für interessiert halten, auf **www.beethoven-loechelt.de** hin.

Der Buchpreis beträgt 12,80 Euro.

Die Anzahl der Downloads und die Anzahl der bezahlten Bücher werde ich ebenfalls auf **www.beethoven-loechelt.de** bekannt geben.

Ich danke Ihnen für Ihre Zeit und gegebenenfalls für Ihre Weiterempfehlung.

Rolf Löchelt



Über den Autor

Rolf Löchelt betreibt heute – in seinem „zweiten Leben“, wie er es selbst bezeichnet – in Seevetal bei Hamburg eine Praxis für ganzheitliche klassische Massage und psychosomatische Kinesiologie.

Welche vielfältigen Prägungen und beruflichen Erfahrungen brachten ihn zu der für ihn dringenden Verpflichtung, dieses Buch zu schreiben?

Rolf Löchelt wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg im Juli 1945 im Erzgebirge (Sachsen) geboren. Nach der Rückkehr seines Vaters aus englischer Kriegsgefangenschaft zog seine Mutter mit ihm zum Vater nach Hamburg, wo er seine Kindheit verbrachte. Seinen Vater verlor er im Alter von elf Jahren – er starb an den psychischen Folgen des Zweiten Weltkriegs.

1964 schloss er seine Maschinenbaulehre mit der Gesellenprüfung ab. Durch berufsbegleitende Fortbildungsmaßnahmen hatte er erste Berührungspunkte als Assistent der Geschäftsleitung mit der damals aufkommenden elektronischen Datenverarbeitung. Auf dem zweiten Bildungsweg besuchte er dann das staatliche Gymnasium „Albrecht Thaer“ bis zum Abitur.

Es folgte eine IT-Ausbildung bei einem internationalen Konzern. Als Dozent für elektronische Datenverarbeitung unterrichtete er mehrere Programmiersprachen und Programmierlogik. Während seiner selbstständigen Tätigkeit als Unternehmensberater für EDV arbeitete er für Versicherungen, Banken, Industriebetriebe, Auktionshäuser und Reiseveranstalter.

Nachdem er sein Ziel, Mathematik zu studieren, verworfen hatte, absolvierte er ein Studium der Betriebswirtschaftslehre mit Abschluss als Diplom-Betriebswirt.

1971 gründete er einen Verlag für Druckprodukte, die mittels EDV hergestellt werden konnten, und revolutionierte die Druckvorlagenherstellung.

In den 1980er- und 1990er-Jahren war Rolf Löchelt politisch aktiv in der Freien Demokratischen Partei Deutschlands und unter anderem als Kreisvorsitzender in der Kommunalpolitik, Mitglied im Landesvorstand, im Umweltausschuss der Partei in Bonn sowie als Delegierter zum Landes- und Bundesparteitag sowie Deputierter in einer Hamburger Behörde tätig. Hier konnte er sehr detaillierte Erfahrungen zu den Mechanismen in der deutschen Politik sammeln.

Sein zweites Leben begann schon lange vor seinem tatsächlichen zweiten Leben 2009, in das Rolf Löchelt nach einer Herz-OP mit Nahtoderfahrung zurückgeholt wurde.

In den 1990er-Jahren machte er erste eigene Erfahrungen mit Kinesiologie nach Dr. med. Klinghardt. Er studierte die Fachliteratur von Dr. Klinghardt und dessen Kolleginnen und Kollegen, besuchte Kurse über die Gesetzmäßigkeiten des Universums, Metaphysik, Altersregression, Reinkarnation und spirituelle Heilweisen.

Seine Ausbildung zum Massagetherapeuten in Hamburg beendete er 2007. An der Universität Hamburg studierte er Biopsychologie

(die Lehre über das Funktionieren der sinnlichen Wahrnehmung im menschlichen Gehirn) als älterer Erwachsener.

Weiterhin getrieben von der Faszination für den Menschen und seine Möglichkeiten lernte er die gängigen Formen der Meditation und ließ sich zum Lehrer für Meditation ausbilden. Vier Jahre lang erhielt er eine mediale Ausbildung.

Parallel beschäftigte er sich damit, wie unsere Körper funktionieren, der materielle, der elektrische und der biochemische. Unsere Chakren, Meridiane, das Nervensystem, die Funktionsweise unserer Zellen (der Stoffwechsel und die Grundvoraussetzungen für das Zelleben) sind ihm bei seiner Arbeit gegenwärtig.

Die Beschäftigung mit Quantenphysik (Michael König) hat ihm fundierte Kenntnisse vermittelt, wie unser menschliches Denken funktioniert. Quanten/Licht und dessen heilende Wirkung sind ihm verständlich und er wendet diese Kenntnis auf sein persönliches Leben an.

Die Beschäftigung mit den menschlichen Sinnen und der Funktionsweise des Unterbewusstseins führte ihn in die „Große Fachausbildung psychosomatischer Kinesiologie“ nach Dr. Werner Weishaupt.

Rolf Löchelt betrachtet es als seine Aufgabe, Menschen zu helfen, ein unbeschwertes und entspanntes Leben führen zu können. Hilfe zur Selbsthilfe ist sein Anliegen.



Anhang

Liedtext:

„Ode an die Freude“ von Friedrich Schiller zu Beethovens Neunte

Auf www.beethoven-loechelt.de ergänzend zum Herunterladen:

Briefe

- an und von der Bundeskanzlerin

- an und von Herrn Kinkel

„Ode an die Freude“ von Friedrich Schiller Beethovens Neunte

O Freunde, nicht diese Töne!
Sondern lasst uns angenehmere
Anstimmen und freudenvollere.
Freude! Freude!
Freude, schöner Götterfunken,
Tochter aus Elysium,
Wir betreten feuertrunken,
Himmlische, dein Heiligtum!
Deine Zauber binden wieder,
Was die Mode streng geteilt;
Alle Menschen werden Brüder,
Wo dein sanfter Flügel weilt.

Wem der große Wurf gelungen,
Eines Freundes Freund zu sein;
Wer ein holdes Weib errungen,
Mische seinen Jubel ein!

Ja, wer auch nur eine Seele
Sein nennt auf dem Erdenrund!
Und wer's nie gekonnt, der stehle
Weinend sich aus diesem Bund!

Freude trinken alle Wesen
An den Brüsten der Natur;
Alle Guten, alle Bösen


Folgen ihrer Rosenspur.
Küsse gab sie uns und Reben,
Einen Freund, geprüft im Tod;
Wollust ward dem Wurm gegeben,
Und der Cherub steht vor Gott.

Froh, wie seine Sonnen fliegen
Durch des Himmels prächt'gen Plan,
Laufet, Brüder, eure Bahn,
Freudig, wie ein Held zum Siegen.

Seid umschlungen, Millionen!
Diesen Kuss der ganzen Welt!
Brüder, überm Sternenzelt
Muss ein lieber Vater wohnen.
Ihr stürzt nieder, Millionen?
Ahnest du den Schöpfer, Welt?
Such' ihn überm Sternenzelt!
Über Sternen muss er wohnen.

Seid umschlungen, Millionen!
Diesen Kuss der ganzen Welt!
Brüder, überm Sternenzelt
Muss ein lieber Vater wohnen.
Seid umschlungen, Millionen!
Diesen Kuss der ganzen Welt!
Freude, schöner Götterfunken,
Tochter aus Elysium,
Freude, schöner Götterfunken, Götterfunken.





„In Deutschland haben wir eine gut funktionierende Demokratie.“
Gehören Sie auch zu den Menschen, die diesen Satz sagen oder denken?

Was bedeutet Demokratie für Sie? Demokratie heißt für den Autor, sich über unsere Ordnung, die Verfassung, Gedanken zu machen, sie weiterzuentwickeln und darüber abzustimmen.

Egal zu welcher Gruppe von Menschen Sie gehören, dieses Buch bietet eine offene und kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen Verhalten der Politiker und mit unseren demokratischen Grundwerten. Und es geht noch weiter: Es gibt konkrete Konzeptansätze für eine Grundüberholung der heutigen politischen Mechanismen hin zu einer tatsächlich gelebten demokratischen Verfassung in Deutschland – im Zentrum dieser Landschaft stehen SIE, ausgestattet mit Eigenverantwortung und demokratischen Handlungsmöglichkeiten.

Dieses Buch ist eine Diskussionsgrundlage, macht wach, nachdenklich und im besten Fall aktiv! Es fordert uns alle auf, unsere Trägheit zu überwinden, und bietet eine interessante Lösung an, friedlich zu einer Demokratie zu gelangen, die den Namen verdient.

ISBN: 978-3-9822336-1-1 (Paperback)

ISBN: 978-3-9822336-2-8 (PDF)